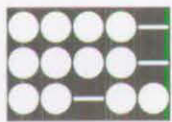


Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

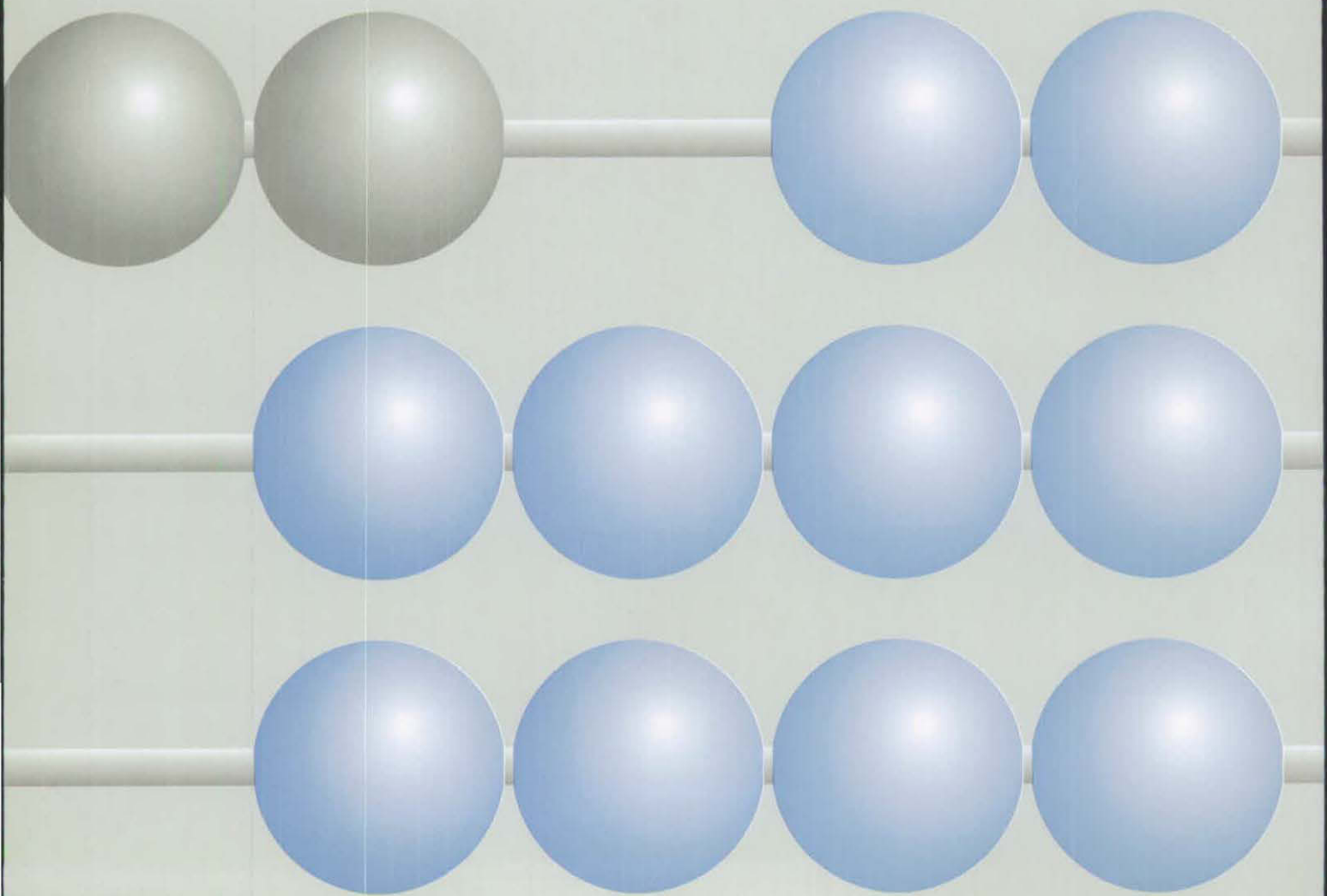


Statistisches
Landesamt
Schleswig-Holstein



49. Jahrgang, Heft 10, Oktober 1997

**Statistische Monatshefte
Schleswig-Holstein**



Herausgeber:
Statistisches Landesamt
Schleswig-Holstein
Postfach 1141
24100 Kiel

Telefon (0431) 6895-0
Telefax (0431) 6895 498
T-Online/Btx ☒ 444 50 #

Schriftleitung:
Bernd Struck
App. 286

Vertrieb:
App. 280

Druck:
Schmidt & Klaunig, Kiel

Gedruckt auf chlorfrei
gebleichtem Papier

Erscheinungsfolge monatlich

Auflage 650

Einzelheft DM 4,-
Jahresbezug DM 40,-

Erfüllungsort und
Gerichtsstand Kiel

Nachdruck,
auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe
gestattet.

ISSN 0947-7373

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

49. Jahrgang • Heft 10

Oktober 1997

Inhalt	
• Kurz gefaßt	198
• Aufsatz	
Geldvermögen und Schulden privater Haushalte	200
<p>Mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1993 wurden Daten über die Einnahmen und Ausgaben, die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und ihre Vermögenssituation gewonnen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liefert ein umfassendes Bild über die wirtschaftliche und soziale Lage der privaten Haushalte. Dabei wurde auch nach Vermögensbeständen und Schulden gefragt. Dieser Komplex soll den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben ergänzen. Er steht im Mittelpunkt des Aufsatzes, der das Geldvermögen nach der sozialen Stellung und nach dem Alter der Bezugsperson des Haushaltes, nach der Höhe des Einkommens und des Vermögens der Haushalte und nach den Formen des Geldvermögens beschreibt. Dabei werden alle Zahlen für Schleswig-Holstein auch denen für Westdeutschland insgesamt gegenübergestellt und verschiedene Hypothesen geprüft, etwa zum Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe und bevorzugter Vermögensform, zwischen Alter oder sozialer Stellung und Vermögensform oder zum Zusammenhang zwischen Einkommenshöhe, Vermögen und Verschuldung.</p>	
• Kurzbeiträge	
Die Bevölkerung in den Wahlkreisen zur Landtagswahl 2000	210
<p>Für die Vorbereitung der Landtagswahl im Jahre 2000 ist u. a. zu prüfen, ob es beim bisherigen Zuschnitt der 45 Wahlkreise bleiben kann oder ob eine Neueinteilung erforderlich oder angezeigt ist. Maßgeblich dafür sind die amtlichen Bevölkerungszahlen zum Jahresende 1996. Diese Zahlen werden in ihrer Gliederung nach den derzeitigen Wahlkreisen geboten. Es wird geprüft, ob die demografischen Zahlen bereits hinreichenden Anlaß für eine Neueinteilung liefern.</p>	
Zahl der Auszubildenden weiter rückläufig	214
<p>Der Kurzbeitrag schildert die Ergebnisse der Berufsbildungstatistik zum Stichtag Jahresende 1996 nach Ausbildungsbereichen, Lehrjahren und Geschlecht. Eine Grafik bietet die Entwicklung nach Ausbildungsbereichen seit 1985.</p>	
• Entwicklung im Bild	215
• Beilage	
Zahlenbeilage	

Fast 32 000 Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in Schleswig-Holstein

Ende 1996 lebten 31 900 Ausländerinnen und Ausländer in Schleswig-Holstein, die eine Staatsangehörigkeit einer der fünfzehn Mitgliedsstaaten der Europäischen Union besaßen. Dies waren 23 % aller Ausländerinnen und Ausländer, die nach Angaben des Ausländerzentralregisters zu diesem Zeitpunkt im Lande wohnten. An der Gesamtbevölkerung hatten die Unionsbürgerinnen und -bürger einen Anteil von 1,2 %.

Gegenüber Ende 1991 hat die Zahl der Unionsbürgerinnen und -bürger um 3 100 oder 11 % zugenommen. Gleichwohl verringerte sich ihr Anteil an allen Ausländerinnen und Ausländern von 26 % Ende 1991 auf 23 % Ende 1996. Ursache dafür war ein überdurchschnittliches Anwachsen der Anzahl der übrigen Ausländerinnen und Ausländer in diesem Zeitraum.

Am stärksten vertreten unter den Unionsbürgerinnen und -bürgern waren Ende 1996 mit 6 200 Personen diejenigen mit dänischer Staatsangehörigkeit, gefolgt von 4 200 italienischen, 3 900 griechischen und 3 300 britischen Staatsangehörigen. Nach ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung lebten sie am häufigsten mit 2,9 % in Flensburg, gefolgt vom Kreis Pinneberg mit 1,8 % und Lübeck mit 1,5 %. In den Kreisen Dithmarschen mit 0,5 % und Plön mit 0,6 % war ihr Anteil am geringsten.

Fast 29 200 (91,5 %) der nach dem Ausländerzentralregister im Lande wohnenden EU-Ausländer waren Ende 1996 16 Jahre und älter und wären danach bei einer Kommunalwahl wahlberechtigt gewesen.

Spitzenerträge beim Wintergetreide in allen Naturräumen Schleswig-Holsteins

Nach Abschluß der Ertragsermittlungen wurden im Landesmittel knapp 84 dt Getreide je Hektar geerntet. Damit wurde der Hektarertrag des Vorjahres (77 dt/ha) um 9 % und der Durchschnitt der vorhergehenden sechs Jahre um 15 % übertroffen. Bei einer noch vorläufigen, in Jahresfrist um 5 % auf 310 000 ha ausgeweiteten Anbaufläche errechnet sich eine Getreideernte von 2,6 Mill. t. Von dieser entfallen allein 62 % (= 1,6 Mill. t) auf den Weizen.

Die Wintergetreidearten erbrachten in allen Naturräumen des Landes Spitzenerträge. Mit durchschnittlich 93 dt/ha waren sie beim Weizen in der Marsch und mit 88 dt/ha bei der Wintergerste sowie 74 dt/ha beim Roggen im östlichen Hügelland am höchsten.

Nach den Meldungen der amtlichen Berichtersteller zeigen die Rüben- und Silomaisbestände einen bes-

seren Wachstumsstand als im Vorjahr, so daß jeweils eine mengenmäßig höhere Ernte erwartet wird.

Zahl der Ärzte und Ärztinnen 1996 weiter gestiegen

Die Zahl der Ärzte und Ärztinnen in Schleswig-Holstein hat sich 1996 um 1,9 % auf 9 481 erhöht. Damit versorgte rechnerisch ein Arzt nur noch 288 Einwohner. 43 % der gezählten Ärzte waren im Krankenhaus tätig, und 41 % hatten eine eigene Praxis. Die Hälfte aller niedergelassenen Ärzte waren entweder Allgemeinmediziner oder praktische Ärzte oder Ärzte für Innere Medizin.

Die Zahl der Zahnärzte und Zahnärztinnen stieg um 1,8 % auf 2 095. Von ihnen waren 84 % in eigener Praxis tätig.

Auslandsgeschäft bestimmt noch immer Lage im Verarbeitenden Gewerbe

Die Umsatzentwicklung und die Auftragslage im Verarbeitenden Gewerbe Schleswig-Holsteins werden noch immer vom Auslandsgeschäft geprägt. Die Umsätze im August 1997 gingen gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,6 % zurück. Während die Auslandsumsätze um 6,2 % anstiegen, lag der Umsatz mit inländischen Abnehmern um 4,3 % unter dem Augustwert des Jahres 1996.

Einen starken Zuwachs verzeichneten die Firmen in ihren Auftragsbüchern. Im Berichtsmonat konnten die Betriebe 9,1 % mehr Aufträge hereinnehmen als vor einem Jahr. Auch hier dominierten die Auslandskunden mit einem Plus von 20 %. Die Auftragseingänge aus dem Inland stiegen dagegen zwar nur um 4,2 %, gegenüber den Rückgängen in den Vormonaten ist dies aber eine deutliche Aufwärtsentwicklung. Die hohen Zuwächse sind zum Teil durch Großaufträge im Schiffbau bestimmt. Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich im August 1997 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,7 % auf 144 220.

Personalabbau in der Bauwirtschaft hält an

In Schleswig-Holstein hat die Bauwirtschaft ihren Beschäftigtenstand vergleichsweise stärker abgebaut als das Verarbeitende Gewerbe. Im Durchschnitt der Monate Januar bis einschließlich Juli 1997 waren in den Betrieben des Bauhauptgewerbes 9,1 % weniger Personen beschäftigt als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, der gleichzeitige Personalabbau im Verarbeitenden Gewerbe betrug 2,7 %. Im ersten Halbjahr 1997 hatte das Bauhauptgewerbe gegenüber dem

ersten Halbjahr 1996 einen Beschäftigtenrückgang von 9,0 % verzeichnet, das Verarbeitende Gewerbe einen von 2,9 %.

Die Auftragslage der Betriebe verspricht vorerst keine Besserung auf dem Arbeitsmarkt der Bauwirtschaft. In den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres meldeten die Betriebe Auftragseingänge in Höhe von 2,03 Mrd. DM, 1,9 % weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleichzeitig genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von über 12 400 Wohnungen, womit das Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes um knapp 3 % übertroffen wurde. Somit bestehen Aussichten, daß sich die Auftragslage im Wohnungsbau verbessert. Ob das auch schließlich zu mehr Beschäftigung in der Bauwirtschaft führt, werden die nächsten Monatsergebnisse zeigen.

Baugenehmigungen über Vorjahresniveau

In den ersten acht Monaten des Jahres 1997 genehmigten die Baubehörden in Schleswig-Holstein den Bau von 14 200 Wohnungen, womit das Vorjahresergebnis um 1,5 % übertroffen wurde. Im Geschosßwohnungsbau wurden mit 6 000 Wohnungen 1,2 % mehr Wohnungen genehmigt als 1996. Die Baugenehmigungen für Wohnungen in Eigenheimen haben um 9,0 % zugenommen: in Ein- und Zweifamilienhäusern sollen 6 800 Wohnungen entstehen. Die Zahl der Wohnungen, die im Nichtwohnbau sowie im Rahmen von Baumaßnahmen an bestehenden Wohngebäuden entstehen sollen, ist dagegen von 1 800 auf 1 300 zurückgegangen.

Neu erschienen: Statistisches Jahrbuch Schleswig-Holstein 1997

Auch in diesem Jahr bietet das Statistische Jahrbuch als umfassende Querschnittsveröffentlichung wieder eine Fülle von Informationen aus fast allen Arbeitsgebieten der amtlichen Statistik.

Auf über 280 Seiten präsentiert das Statistische Landesamt Daten und Fakten für unser Land, seine Kreise und kreisfreien Städte. Außerdem enthalten sind Vergleichszahlen für alle anderen Bundesländer und Deutschland insgesamt sowie für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Eckdaten zu ausgewählten Themen sind mit Grafiken anschaulich dargestellt; Kreiskarten illustrieren regionale Unterschiede in prägnanter Weise.

Für alle, die sich ein Bild von den wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Verhältnissen Schleswig-Holsteins machen wollen, ist das Statistische Jahrbuch eine ergiebige und unverzichtbare Informationsquelle.

Das Statistische Jahrbuch Schleswig-Holstein 1997 (ISSN 0487-6423) ist zum Preis von 30,- DM über den Buchhandel oder direkt vom Statistischen Landesamt (zzgl. Versandkosten) erhältlich.

Bestellungen an:
Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein,
Postfach 11 41, 24100 Kiel,
Tel.: (04 31) 68 95-2 80 (Vertrieb)

Geldvermögen und Schulden privater Haushalte

Vorbemerkung zu Frageprogramm und Hochrechnung

1993 wurde zum siebten Mal die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) durchgeführt. Die erste Erhebung hatte 1962/63 stattgefunden, also vor über 30 Jahren. Mit diesen Erhebungen werden Daten über die Einnahmen und Ausgaben, die Ausstattung der privaten Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern und ihre Vermögenssituation gewonnen. Die Teilnahme der Haushalte ist freiwillig, entsprechend muß dafür geworben werden. Bei aller Freiwilligkeit sollen aber unterschiedliche soziale Schichten, Einkommensgruppen und Haushaltsgrößen einbezogen, soll eine möglichst große Repräsentativität erreicht werden. Die statistischen Landesämter setzen für die Datengewinnung Interviewerinnen und Interviewer ein, die die Teilnehmerhaushalte mehrfach aufsuchen. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird alle fünf Jahre nach dem Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte¹ durchgeführt. Auf die weitere Darstellung von Erhebungszielen, -umfang und -konzept sowie von Aufbereitung und Organisation dieser Erhebung wird hier verzichtet.²

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe soll ein möglichst umfassendes Bild über die wirtschaftliche und soziale Lage der privaten Haushalte liefern. Damit stehen dann die Einnahmen der Haushalte nach Quellen und ihre Ausgaben nach Arten im Mittelpunkt des Interesses. Im Schlußinterview wird dann auch nach Vermögensbeständen und Schulden gefragt. Dieser Komplex gehört also weniger zu den zentralen Fragestellungen der EVS, er soll vielmehr den Nachweis der Einnahmen und Ausgaben ergänzen.

In diesem Aufsatz soll nun die Vermögens- und Schuldensituation privater Haushalte in Schleswig-Holstein untersucht werden. Dabei liegt der Schwerpunkt nicht auf der Darstellung möglichst aktueller Ergebnisse, sondern auf der Überprüfung von mittel- bis langfristig gültigen Hypothesen zum Geldvermögen. Als Beispiele lassen sich die folgenden Fragestellungen aufzählen:

- Gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Einkommen und den bevorzugten Vermögensformen?
- Welche unterschiedlichen Portfeuilleprofile sind in Abhängigkeit von der sozialen Stellung erkennbar?
- Präferieren alte Menschen andere Vermögensformen als junge?
- Sind einkommensschwache Haushalte häufiger verschuldet als Haushalte mit einem hohen Einkommen?
- Was kann man über die Situation der Haushalte aussagen, wenn man dem Vermögen die Schulden gegenüberstellt?
- Welche Gestalt nimmt die Verteilung des Geldvermögens an? Welche Aussagen kann man daraus über die Konzentration des Geldvermögens gewinnen?

Um die empirischen Befunde der Analyse zu untermauern, werden den schleswig-holsteinischen Ergebnissen die westdeutschen Resultate gegenübergestellt und Unterschiede und Gemeinsamkeiten herausgearbeitet.

Wenn wie in diesem Aufsatz gerade die Vermögens- und Schuldensituation der privaten Haushalte näher betrachtet werden soll, dann muß auch untersucht werden, wie aussagefähig dazu die Ergebnisse der EVS für Schleswig-Holstein sind. Der Gesetzgeber hat bei der EVS auf die Auskunftspflicht, die bei den meisten amtlichen Statistiken üblich ist, verzichtet. Neben dem hohen Zeitaufwand, den die Teilnahme an der EVS verursacht, ist sicher auch die hohe Datensensibilität eine Begründung für diese Regelung. Gleichwohl beantworteten fast alle Haushalte, die sich während des ganzen Jahres an der EVS beteiligt hatten, auch die sensiblen Fragen des Schlußinterviews. Fragen zum Einkommen, zum Vermögen und

¹ Gesetz über die Statistik der Wirtschaftsrechnungen privater Haushalte (BGBl. III, Gliederungsnr. 708-6), zuletzt geändert durch Artikel 2 der Statistikanpassungsverordnung von 1991 (BGBl. I, S. 846). Der fünfjährige Erhebungsturnus ergibt sich aus dem Ersten Gesetz zur Änderung Statistischer Rechtsvorschriften von 1980 (BGBl. I, S. 294).

² Grundsätzliche Ausführungen hierzu bieten Euler, M., Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, in: *Wirtschaft und Statistik* 7/1992, S. 463-469 sowie Grocholski-Plescher, B., Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993: Konzept - Methode - erste Ergebnisse, in: *Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein* 10/1994, S. 181 ff.

zu Schulden gehören allerdings zu jenem Bereich, in den Außenstehenden nur ungerne Einblick gewährt wird. Die Daten sind aber nicht nur sehr sensibel, sie sind manchen Befragten auch nicht unmittelbar präsent, oder der Befragte antwortet aus unvollständigem oder falschem Gedächtnis heraus. Erfahrungsgemäß ist die Antwortqualität letztlich schlechter als bei den anderen Fragen der EVS.

Bei Freiwilligkeit der Teilnahme und bei einer reinen Zufallsauswahl der Stichprobenelemente können einzelne Schichten der Stichprobe unter- oder überproportional vertreten sein und damit das Ergebnis verzerren. Dieses Problem ist bei der EVS mit der Durchführung einer Quotenstichprobe angegangen worden. Es wurden Schichten festgelegt und mittels der Haushaltszahlen aus dem Mikrozensus für alle Länder Quoten-Sollzahlen ermittelt. Trotz vielfältiger Werbeaktionen konnten die angestrebten Quoten-Sollzahlen nicht in allen Schichten erreicht werden. Dies gilt insbesondere für Haushalte mit ausländischer Bezugsperson, aber auch für Haushalte von Arbeitern und Selbständigen. Dagegen sind Beamten- und Angestelltenhaushalte stark überproportional vertreten. Zwar werden diese Unterbesetzungen über die Hochrechnung der Stichprobenergebnisse wieder ausgeglichen, aber die statistische Sicherheit der Ergebnisse leidet, da sie von der Zahl der erfaßten Haushalte in den einzelnen Schichten abhängt. In den Tabellen dieses Aufsatzes sind solche Zahlen in Klammern gesetzt.

Neben den Haushalten von Personen in Anstalts- und Gemeinschaftsunterkünften wurden auch die Haushalte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von monatlich über 35 000 DM in der EVS nicht berücksichtigt, weil sie – wie der Mikrozensus zeigt – nur eine geringe Fallzahl aufweisen. Diese Haushalte werden in den dargestellten Ergebnissen nicht repräsentiert. Allerdings darf vermutet werden, daß viele dieser Haushalte sehr vermögend sind und die Untererfassung dieser Vermögen schwerer wiegen kann als die der Einkommen. Auch wenn im folgenden vereinfachend von „den privaten Haushalten“ gesprochen wird, so ist zumindest bei der Interpretation der Vermögenswerte stets zu beachten, daß hier die Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen ab 35 000 DM fehlen.

Um die Untererfassung näher zu quantifizieren, bietet sich ein Vergleich der Ergebnisse der EVS für Deutschland mit den Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank an. Hochgerechnet umfaßte das Bruttogeldvermögen der privaten Haushalte in Deutschland nach den Ergebnissen der EVS Ende 1993 etwa 1 961 Mrd. DM. Dagegen weist die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank für das Jahresende 1993 ein Geldvermögen von 3 510 Mrd. DM aus. Damit erfaßte die

EVS nur 56 % des von der Bundesbank errechneten Geldvermögens.³ Bei beiden Zahlen sind Bargeld, Sichteinlagen, sonstige Forderungen und Geldanlagen bei Geldmarktpapieren nicht berücksichtigt.

Bei diesem Vergleich muß man bedenken, daß die Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank im Gegensatz zur EVS nicht nur das Geldvermögen der privaten Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von über 35 000 DM, sondern auch das Geldvermögen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (z. B. Kirchen, Gewerkschaften) und der Anstaltsbevölkerung umfaßt. Im Vergleich zur Finanzierungsrechnung der Bundesbank fallen insbesondere die in der EVS ermittelten Vermögen an Wertpapieren, Aktien und Investmentzertifikaten geringer aus. Dies läßt sich zum Teil durch das Fehlen der einkommensstarken (und vermutlich auch sehr vermögenden) Haushalte erklären, reicht allein aber wohl nicht aus, um die große Differenz zwischen beiden Datenquellen zu begründen. Eine weitere Erklärung mag sein, daß es sowohl in der Finanzierungsrechnung als auch in der EVS erhebliche Probleme gibt, die Geldvermögen derjenigen privaten Haushalte, deren Mitglied selbständig ist und ein Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit betreibt, auf den Privat- und auf den Unternehmensbereich aufzuteilen. Insgesamt lassen diese Betrachtungen den Schluß zu, daß das über die EVS erfaßte Geldvermögen gegenüber den Ergebnissen der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank erhebliche Untererfassungen aufweist.⁴

Zum Stichtag 31. Dezember 1993 wurden im Schlußinterview bei den Haushalten folgende Angaben zum Vermögen und den Kreditverpflichtungen erhoben:

1. Guthaben auf Sparkonten nach deren Höhe,
2. Wertpapiere (einschl. Sparbriefe) nach Art der Wertpapiere und deren Tageswerte,
3. nichtausgezahlte Bausparverträge nach Bausparsummen und -guthaben sowie Einzahlungen im Jahr 1993,

³ Die erstmalige Erfassung der Geldanlage bei Versicherungen (Versicherungsguthaben) hat den Unterschied zwischen dem erfaßten Geldvermögen der EVS und dem von der Deutschen Bundesbank nachgewiesenen Wert erheblich reduziert. Bei früheren Einkommens- und Verbrauchsstichproben hatte die Differenz sogar noch höher gelegen.

⁴ Vgl. hierzu Guttman, E., Geldvermögen und Schulden privater Haushalte Ende 1993 - Ergebnis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: Fachserie 15: Wirtschaftsrechnungen - Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993, Heft 2, Vermögensbestände und Schulden privater Haushalte, S. 11 ff.

4. sonstiges Geldvermögen (z. B. Festgeld, Berlin-Darlehen, jedoch ohne Bestände an Bargeld, Guthaben auf Girokonten und Forderungen an Dritte),
5. Kreditverpflichtungen (ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä.) nach Höhe der Restschuld sowie Rückzahlungen im Jahr 1993,
6. Lebens-, Sterbegeld-, Ausbildungs- und Aussteuer-versicherungsbeträge nach Versicherungssummen, Beitragshöhe, Zeitpunkt des Vertragsabschlusses und der Laufzeit und
7. Guthaben auf Girokonten im Dezember 1993.⁵

Um eine möglichst hohe Auskunftsbereitschaft der Haushalte in diesem Bereich zu erzielen, räumte man ihnen ein, statt des exakten Betrages auch alternativ die Größenklasse anzugeben. Lediglich bei den Versicherungssummen und den Guthaben auf Girokonten bestand diese Möglichkeit nicht.

In Deutschland beteiligten sich rund 50 000 private Haushalte am Schlußinterview, die über den Mikro-

zensus 1993 unter der Berücksichtigung der Schichtmerkmale

- soziale Stellung der Bezugsperson,
- Haushaltsgröße und
- Haushaltsnettoeinkommen

auf die Grundgesamtheit von 35,6 Mill. Haushalten hochgerechnet wurden. In Schleswig-Holstein beteiligten sich 2 233 Haushalte (hochgerechnet: 1,213 Mill. Haushalte).

Sparbücher und Versicherungen gebräuchlichste Anlageformen

Nach den Ergebnissen der EVS verfügte fast jeder Haushalt über Geldvermögen. Im früheren Bundesgebiet waren es 96,7 %, in Schleswig-Holstein 97,4 %. Das durchschnittliche Bruttogeldvermögen je Haushalt mit Geldvermögen im früheren Bundesgebiet betrug 65 299 DM und war damit um 7,7 % höher als in Schleswig-Holstein (60 630 DM).

Das durchschnittliche Geldvermögen je Vermögensform - hier nicht über sämtliche Haushalte mit Geld-

⁵ Diese Ergebnisse werden für die Untersuchung des Geldvermögens hier nicht verwendet.

Private Haushalte¹ mit Bruttogeldvermögen² am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform

Gegenstand der Nachweisung	Haushalte mit Bruttogeldvermögen	Darunter Haushalte mit ...				
		Spar-guthaben	Bauspar-guthaben	Wert-papieren	Versiche-rungs-guthaben	sonstigem Geld-vermögen
Früheres Bundesgebiet						
Haushalte						
Anzahl in 1 000	27 975	26 117	12 163	13 246	19 581	5 722
Anteil an allen Haushalten in %	96,7	90,3	42,0	45,8	67,7	19,8
Bruttogeldvermögen						
je Haushalt (Zeile 1) in DM	65 299	12 258	11 244	42 643	31 427	33 144
Anteil der Vermögensform in %	100	17,5	7,5	30,9	33,7	10,4
Schleswig-Holstein						
Haushalte						
Anzahl in 1 000	1 181	1 087	523	571	848	190
Anteil an allen Haushalten in %	97,4	89,6	43,1	47,1	69,9	15,7
Bruttogeldvermögen						
je Haushalt (Zeile 5) in DM	60 630	10 504	9 985	38 486	32 279	29 484
Anteil der Vermögensform in %	100	15,9	7,3	30,7	38,2	7,8

¹ ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

² ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte

vermögen gemittelt, sondern nur über jene mit Vermögen dieser Form – zeigt für Westdeutschland und Schleswig-Holstein ein ähnliches Bild. Die mit Abstand gebräuchlichsten Anlageformen sind das Sparbuch und die Versicherungen, die im früheren Bundesgebiet bei 90,3 % bzw. 67,7 % der Haushalte vorhanden waren (Schleswig-Holstein: 89,6 % bzw. 69,9 %). Das Sparbuch ist aber erwartungsgemäß nicht die typische Anlageform für größere Geldbeträge. So entfiel der höchste Betrag im früheren Bundesgebiet auf die Wertpapiere mit 42 643 DM, gefolgt von dem sonstigen Geldvermögen mit 33 144 DM. Das Sparbuch lag hier mit 12 258 DM nur an vorletzter Stelle. In Schleswig-Holstein belegte das durchschnittliche Wertpapiervermögen mit 38 486 DM die erste Stelle, gefolgt von den Versicherungen mit 32 279 DM. Das Sparguthaben nahm auch hier mit 10 504 DM die vorletzte Position ein, vor den Bausparguthaben.

Die Zusammensetzung des Geldvermögens nach den verschiedenen Anlageformen zeigt also leichte Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und Schleswig-Holstein. Zwar hatten in beiden Gebieten die Versicherungen und Wertpapiere die höchsten Anteile am gesamten hier nachgewiesenen Geldvermögen, jedoch war der Anteil, der auf die Versicherungen entfiel, in Schleswig-Holstein mit 38,2 % deutlich höher als im früheren Bundesgebiet (33,7 %).

Versicherungsguthaben gewinnt mit steigendem Einkommen an Bedeutung

Es liegt nahe zu vermuten, daß das Bruttogeldvermögen umso höher ist, je größer das Haushaltsnettoeinkommen ausfällt. In der Tat belegen die Ergebnisse der EVS diese Vermutung. Haushalte mit einem Nettoeinkommen unter 2 500 DM besaßen ein durchschnittliches Bruttogeldvermögen von 29 283 DM im früheren Bundesgebiet und von 26 546 DM in Schleswig-Holstein. Bereits in der Einkommensklasse von 2 500 bis 5 000 DM betrug das Geldvermögen im früheren Bundesgebiet 61 419 DM und in Schleswig-Holstein 53 389 DM. Die durchschnittlichen Geldvermögen in den unteren Einkommensklassen fielen in Schleswig-Holstein zum Teil erheblich niedriger aus als im früheren Bundesgebiet, während dieses Verhältnis in den oberen Einkommensklassen gerade umgekehrt war. Die Zuordnung zu den Einkommensklassen beruht auf der Selbsteinschätzung der Haushalte im Grundinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, das zu Beginn der Erhebung im Januar 1993 stattfand.

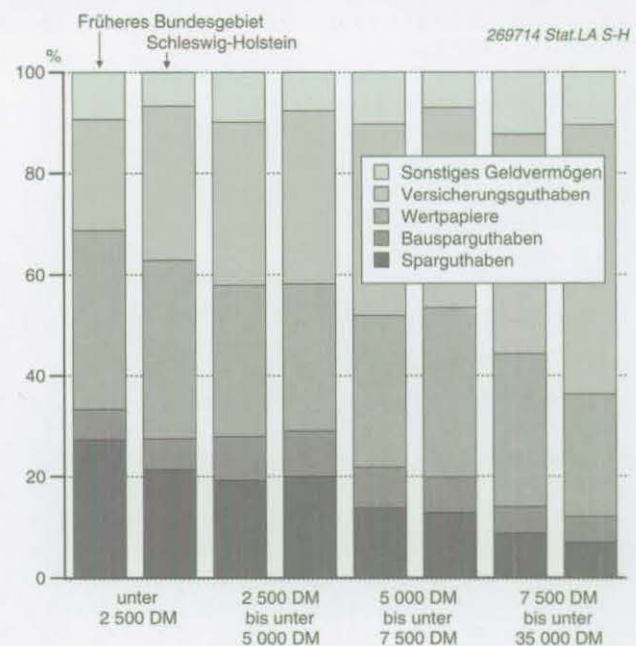
In der Grafik ist auch die Struktur des Bruttogeldvermögens nach Einkommensklassen dargestellt. Zwei

Durchschnittliches Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993 nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen³

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... DM	Früheres Bundesgebiet		Schleswig-Holstein	
	Haushalte in 1 000	Bruttogeldvermögen je Haushalt in DM	Haushalte in 1 000	Bruttogeldvermögen je Haushalt in DM
Unter 2 500	10 830	29 283	449	26 546
2 500 - 5 000	12 148	61 419	510	53 389
5 000 - 7 500	4 178	105 127	181	108 822
7 500 - 35 000	1 491	196 821	56	199 065
Insgesamt⁴	28 928	63 148	1 213	59 039

- ¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte
- ² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften
- ³ Selbsteinschätzung der Haushalte im Januar 1993; ohne Landwirte
- ⁴ einschließlich Landwirte

Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform und nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen³



- ¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte
- ² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften
- ³ Selbsteinschätzung der Haushalte im Januar 1993; ohne Landwirte

Durchschnittliches Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform und nach der sozialen Stellung der Bezugsperson

Soziale Stellung der Bezugsperson	Haushalte in 1 000	Spar-guthaben	Bauspar-guthaben	Wert-papiere	Versiche-rungs-guthaben	Sonstiges Geld-vermögen	Erfäßtes Bruttogeld-vermögen insgesamt
		DM je Haushalt (Spalte 1)					
Früheres Bundesgebiet							
Selbständiger ³	2 035	11 815	7 351	35 571	80 106	18 245	153 089
Beamter	1 601	12 600	9 949	22 219	23 940	8 308	77 017
Angestellter	7 037	10 504	6 334	19 478	26 224	6 902	69 442
Arbeiter	6 168	8 680	5 922	10 182	19 150	4 166	48 099
Nichterwerbstätiger ⁴	12 088	12 282	2 050	21 264	9 212	5 374	50 182
Insgesamt	28 928	11 066	4 728	19 526	21 272	6 556	63 148
Schleswig-Holstein							
Selbständiger ³	90	11 126	(7 485)	(32 990)	76 255	(14 441)	142 295
Beamter	94	10 094	8 790	25 107	19 526	(6 564)	70 082
Angestellter	303	9 863	6 127	17 817	28 578	5 000	67 385
Arbeiter	223	6 546	5 040	11 527	18 487	(1 973)	43 572
Nichterwerbstätiger ⁴	503	9 988	1 475	17 226	11 773	3 462	43 924
Insgesamt	1 213	9 417	4 305	18 107	22 583	4 627	59 039

¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte

² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

³ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger, Landwirt

⁴ einschließlich Arbeitsloser, Studenten

Korrelationen werden gleichermaßen im früheren Bundesgebiet und in Schleswig-Holstein deutlich: je höher das Einkommen,

- desto geringer der Anteil der Sparbuchguthaben und
- desto höher der Anteil der Versicherungsguthaben

am Geldvermögen. Die höchsten Anteile am Bruttogeldvermögen hatten – bei einer Ausnahme – in allen Einkommensklassen und beiden Erhebungsgebieten die Versicherungsguthaben und die Wertpapiere. Lediglich in der untersten Einkommensklasse war der Anteil der Sparbuchguthaben größer als der der Versicherungsguthaben.

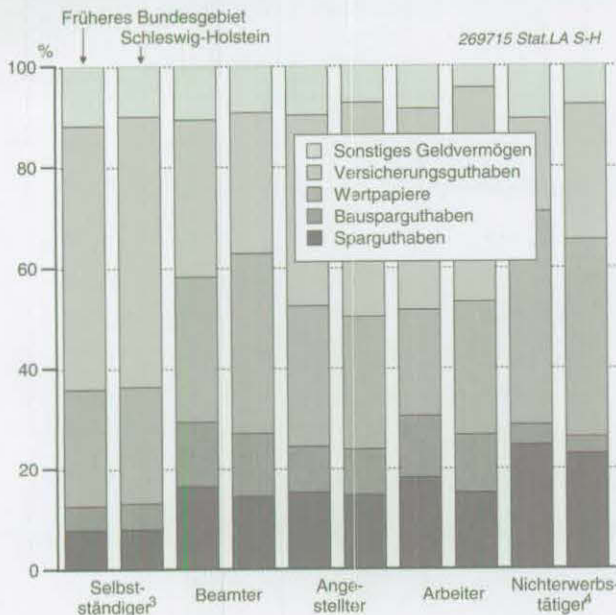
In Schleswig-Holstein war in allen Einkommensklassen der Anteil der Versicherungsguthaben am Bruttogeldvermögen erheblich höher als im früheren Bundesgebiet. Anteilig hohe Bausparguthaben wiesen in beiden Erhebungsgebieten die mittleren Einkommensklassen auf.

Haushalte von Selbständigen mit höchstem Geldvermögen

Die EVS unterschied bestimmte Haushaltstypen, die fünf Haupttypen werden in der oben stehenden Tabelle geboten. Bei allen Haushaltstypen waren die Bruttogeldvermögen im früheren Bundesgebiet höher als in Schleswig-Holstein, wobei die höchste Abweichung mit 14,2 % bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen (einschl. Arbeitsloser, Studenten) zu beobachten war.

Die weitaus höchsten durchschnittlichen Bruttogeldvermögen wurden bei den Haushalten von Selbständigen (Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte) festgestellt. In Schleswig-Holstein besaßen sie durchschnittlich 142 295 DM (früheres Bundesgebiet 153 089 DM). Über die niedrigsten Bruttogeldvermögen verfügten die Haushalte von Arbeitern, wobei sie im früheren Bundesgebiet mit 48 099 DM ein um 10,4 % höheres Geldvermögen besaßen als in Schleswig-Holstein (43 572 DM). Die Geldvermögen der Selbständigen sind in Schleswig-Holstein wie

**Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte²
am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform
und nach der sozialen Stellung der Bezugsperson**



versichert, so daß sie eine private Altersversorgung für sich und ihre Familien in Form von Kapitallebensversicherungen bilden müssen. Die niedrigen Anteile von Versicherungsguthaben bei Nichterwerbshäusern – im früheren Bundesgebiet betragen sie 18,4 % des Bruttogeldvermögens und in Schleswig-Holstein 26,8 % – sind darauf zurückzuführen, daß zu dieser Gruppe auch die Haushalte von Rentnern und Pensionären gehören. Bei dieser Gruppe kann man daher annehmen, daß bei einem großen Teil der Haushalte die Lebensversicherungen bereits ausgezahlt wurden.

Nach den Versicherungsguthaben sind die Wertpapierguthaben die zweitwichtigste Vermögensform. Im früheren Bundesgebiet reichten die Anteile am Bruttogeldvermögen von 21,2 % (Haushalte von Arbeitern) bis 42,4 % (Haushalte von Nichterwerbshäusern) bei dieser Anlageform. Die Spannweite in Schleswig-Holstein betrug 23,2 % (Haushalte von Selbständigen) bis 39,2 % (Haushalte von Nichterwerbshäusern). Bei den Bausparguthaben wurden die höchsten Anteile bei den Beamten- und Arbeiterhaushalten mit 12,9 % bzw. 12,3 % im früheren Bundesgebiet und mit 12,5 % bzw. 11,6 % in Schleswig-Holstein festgestellt.

- ¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte
- ² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften
- ³ Gewerbetreibender, freiberuflich Tätiger, Landwirt
- ⁴ einschl. Arbeitsloser, Studenten

in Westdeutschland insgesamt etwa doppelt so hoch wie die der Beamten, und die der Beamten sind etwas höher als die der Haushalte von Angestellten.

In der Grafik ist die Geldvermögensstruktur der privaten Haushalte nach der sozialen Stellung der Bezugsperson relational dargestellt. Wenn man die Haushalte von Nichterwerbshäusern aus der Betrachtung außen vor läßt, dann hatten die Versicherungsguthaben mit Werten zwischen 31,1 % (Haushalte von Beamten) und 52,3 % (Haushalte von Selbständigen) den Hauptanteil am Bruttogeldvermögen im früheren Bundesgebiet. In Schleswig-Holstein reichte die Spannweite von 27,9 % (Haushalte von Beamten)⁶ bis 53,6 % (Haushalte von Selbständigen). Die auffällig hohen Anteile der Versicherungsguthaben bei den Haushalten von Selbständigen sind wohl durch Vorsorgeaspekte zu erklären: Die Bezugspersonen dieser Haushalte sind häufig nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflicht- oder freiwillig

55- bis 65jährige in Schleswig-Holstein wiesen die höchsten Geldvermögen auf

Die Ergebnisse der EVS sind u. a. nach dem Alter der Bezugsperson im Haushalt gegliedert. Dies erlaubt, obwohl die EVS nur eine Momentaufnahme darstellt, gewisse Rückschlüsse, die sonst nur mit Verlaufsanalysen zu gewinnen wären. Man muß dann die Annahme treffen, daß die für 1993 festgestellte Verteilung der Geldvermögen auf die verschiedenen Lebensalter einem im Zeitablauf einigermaßen stabilen Sparverhalten der Haushalte innerhalb ihres Lebenszyklus entspringt.

Wenn diese Annahme zutrifft, läßt sich allgemein feststellen, daß mit steigendem Alter der Bezugsperson das Bruttogeldvermögen bis zu einem Wendepunkt, der etwa mit dem Erreichen des Renten- bzw. Pensionsalters erreicht wird, ansteigt. Bei Bezugspersonen mit einem Alter von mindestens 65 Jahren fällt dann das Bruttogeldvermögen deutlich niedriger aus. Diesen Schluß lassen die Ergebnisse im früheren Bundesgebiet ebenso wie die in Schleswig-Holstein zu. In Schleswig-Holstein allerdings wurden 1993 in allen Altersklassen mit einer Ausnahme bis zu 25,2 % niedrigere Bruttogeldvermögen als im früheren Bundesgebiet beobachtet.⁷

⁶ Allerdings hatten die Wertpapierguthaben bei den Haushalten von Beamten in Schleswig-Holstein mit 35,8 % einen höheren Anteil am Bruttogeldvermögen als die Versicherungsguthaben.

⁷ Lediglich in der Altersgruppe der 55- bis 65jährigen war das Bruttogeldvermögen in Schleswig-Holstein mit 103 393 DM höher als im früheren Bundesgebiet (89 442 DM).

Durchschnittliches Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform und nach dem Alter der Bezugsperson

Alter der Bezugsperson von ... bis unter ... Jahren	Haushalte in 1 000	Spar-guthaben	Bauspar-guthaben	Wert-papiere	Versiche-rungs-guthaben	Sonstiges Geld-vermögen	Erfäßtes Bruttogeld-vermögen insgesamt
		DM je Haushalt (Spalte 1)					
Früheres Bundesgebiet							
Unter 35	6 033	6 326	5 837	9 116	6 776	4 097	32 152
35 - 45	5 619	8 731	6 596	14 470	22 963	6 695	59 455
45 - 55	4 936	12 053	6 382	22 031	41 482	8 475	90 422
55 - 65	4 917	13 053	4 267	24 980	39 096	8 046	89 442
65 - 70	2 369	14 856	2 256	31 794	8 906	8 898	66 710
70 und mehr	5 054	14 648	1 316	24 072	5 411	4 916	50 363
Insgesamt	28 928	11 066	4 728	19 526	21 272	6 556	63 148
Schleswig-Holstein							
Unter 35	236	4 932	4 308	10 254	4 510	(2 527)	26 530
35 - 45	240	7 241	6 195	14 852	16 709	4 493	49 490
45 - 55	235	11 041	6 181	17 805	39 090	(4 527)	78 645
55 - 65	208	11 656	4 496	25 029	53 170	(9 042)	103 393
65 - 70	86	12 555	(1 199)	(22 534)	(7 938)	(5 627)	49 853
70 und mehr	208	11 646	(1 109)	22 363	6 820	(2 459)	44 397
Insgesamt	1 213	9 417	4 305	18 107	22 583	4 627	59 039

¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte

² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

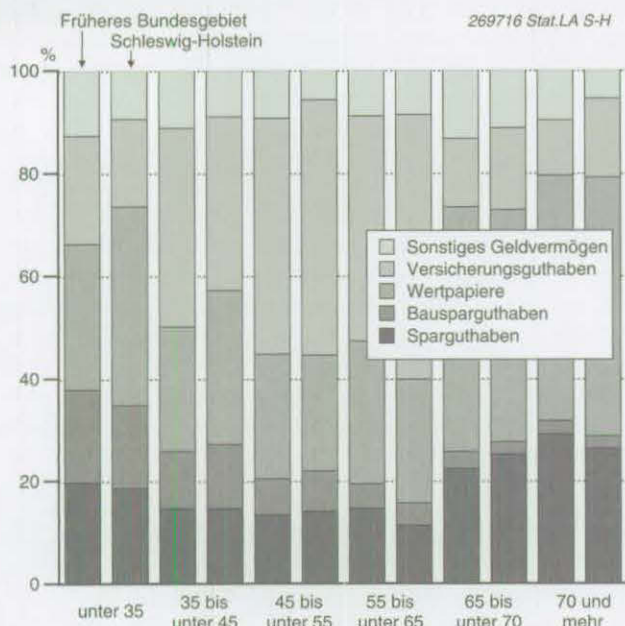
Richtet man den Blick auf die Anteile der einzelnen Anlageformen am Bruttogeldvermögen in den verschiedenen Altersklassen, dann stellen sich für Wertpapiere und Versicherungen, die für alle Haushalte zusammen die wichtigsten Vermögensformen sind, je nach dem Alter sehr unterschiedliche Bedeutungen heraus. Der Anteil beider Anlageformen zusammen reichte von 49,4 % bzw. 55,7 % (Altersgruppe: unter 35 Jahren) bis 71,6 % bzw. 75,6 % (Altersgruppe: 55 bis unter 65 Jahren) im früheren Bundesgebiet bzw. Schleswig-Holstein. Dabei wächst der Anteil der Versicherungsguthaben am Geldvermögen mit steigendem Alter der Bezugsperson bis etwa zum Erreichen des Renten- bzw. Pensionsalters an.

Für Bezugspersonen mit einem Alter von mindestens 65 Jahren haben sie dann aber weitaus niedrigere Bedeutung, was mit dem Auslaufen der Kapitallebensversicherungen aus den beschriebenen Gründen zusammenhängen dürfte. Die Wertpapiere dagegen besaßen die höchsten Anteile am Bruttogeld-

vermögen bei den Haushalten mit Bezugspersonen unter 35 Jahren (28,4 % im früheren Bundesgebiet und 38,7 % in Schleswig-Holstein) und über 65 Jahren (fast 50 % in beiden Erhebungsgebieten).

Sehr ähnlich zu diesem Muster verteilten sich die Anteile der Sparguthaben am Geldvermögen auf die einzelnen Altersklassen. Die höchsten Anteile wurden auch hier bei den Haushalten mit sehr junger oder relativ alter Bezugsperson festgestellt. Bei den Haushalten mit Bezugspersonen unter 35 Jahren betrug der Anteil der Sparguthaben am Geldvermögen 19,7 % im früheren Bundesgebiet und 18,6 % in Schleswig-Holstein. Bei den Haushalten, deren Bezugsperson mindestens 65 Jahre alt war, lag der Sparguthabenanteil über 20 % in beiden Erhebungsgebieten. In den übrigen Altersklassen wurden Anteile der Sparguthaben am Geldvermögen von unter 15 % in beiden Erhebungsgebieten festgestellt. Die Bausparguthaben schließlich nahmen anteilmäßig in beiden Gebieten mit höherer Altersklasse ab.

Bruttogeldvermögen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993 nach der Vermögensform und nach dem Alter der Bezugsperson



¹ ohne Bestände an Bargeld und Sichteinlagen sowie ohne Forderungen an Dritte

² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

Gut jeder fünfte Haushalt in Schleswig-Holstein hatte Schulden aus Konsumentenkrediten

Die Geldvermögenssituation der Haushalte läßt sich nicht allein über die positiven Vermögensbestände beschreiben, denn die Haushalte können auch Kreditverpflichtungen eingegangen sein. Dem Bruttogeldvermögen sollen hier die sogenannten Konsumentenkredite (ohne Dispositionskredite) gegenübergestellt werden. Hypotheken, Bauspardarlehen u. ä. sind in den Konsumentenkrediten nicht enthalten. Die Dispositionskredite müßten aufgrund ihrer Verbreitung und ihrer Verwendung anstatt eines herkömmlichen Konsumentenkredits eigentlich bei der Verschuldung der privaten Haushalte miteinbezogen werden. Aus Testgründen wurde bei der EVS 1993 nach der Höhe der gezahlten Dispositionskreditzinsen und (teils mehrmals) nach dem Stand des Girokontos gefragt, um Informationen über die in Anspruch genommenen Überziehungskredite schätzungsweise zu ermitteln. Für die nächste Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998 ist geplant, zu den Teilbereichen Dispositionskredite und Sichteinla-

Kreditverpflichtungen¹ privater Haushalte² am 31. Dezember 1993

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen ³ von ... bis unter ... DM	Haushalte mit Kreditverpflichtungen		Durchschnittliche Kreditverpflichtung je Haushalt mit Kreditverpflichtungen in DM
	Anzahl in 1 000	in % aller Haushalte	
Früheres Bundesgebiet			
Unter 2 500	1 535	14,2	8 811
2 500 - 5 000	2 436	20,1	11 041
5 000 - 7 500	844	20,2	14 057
7 500 - 35 000	264	17,7	21 804
Insgesamt⁴	5 101	17,6	11 510
Schleswig-Holstein			
Unter 2 500	(81)	(18,0)	(9 237)
2 500 - 5 000	114	22,4	12 075
5 000 - 7 500	38	21,0	11 818
7 500 - 35 000	(14)	(25,0)	(15 908)
Insgesamt⁴	248	20,4	11 450

¹ ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä. Kredite sowie ohne Dispositionskredite

² ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

³ Selbsteinschätzung der Haushalte im Januar 1993; ohne Landwirte

⁴ einschließlich Landwirte

gen⁸ Ergebnisse bereitzustellen. In diesem Aufsatz muß die Untersuchung auf die Konsumentenkredite beschränkt bleiben.

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 hatten 17,6 % bzw. 20,4 % aller privaten Haushalte im früheren Bundesgebiet bzw. in Schleswig-Holstein am Jahresende Konsumentenkredite in Anspruch genommen. Die durchschnittlichen Restschulden aus Konsumentenkrediten der Haushalte mit Kreditverpflichtungen waren in beiden Erhebungsgebieten mit 11 510 DM im früheren Bundesgebiet und 11 450 DM in Schleswig-Holstein etwa gleich hoch.

Wer ein hohes Einkommen hat ist kreditwürdig und wohl auch eher bereit, sich seinen Konsum per Kredit zu finanzieren. Als Grundtendenz kann für das frühere Bundesgebiet festgehalten werden, daß die Kreditverpflichtungen eines Haushaltes umso höher

⁸ Die Guthaben auf Girokonten stellen möglicherweise eine nicht unbedeutende Komponente des Bruttogeldvermögens dar, die bislang nicht einbezogen werden konnte.

sind, je größer sein Einkommen ausfällt. Bis auf die Einkommen zwischen 5 000 und 7 500 DM galt dies auch für Schleswig-Holstein. Es gab aber auch Unterschiede in beiden Erhebungsgebieten. Während in den oberen Einkommensklassen die durchschnittliche Kreditverpflichtung im früheren Bundesgebiet deutlich höher war als in Schleswig-Holstein, wurde gerade das umgekehrte Verhältnis in den unteren Einkommensklassen festgestellt. Im früheren Bundesgebiet war der Anteil der Haushalte mit Kreditverpflichtungen in der Einkommensklasse 5 000 bis 7 500 DM mit 20,2 % am höchsten, in Schleswig-Holstein wurde dagegen der höchste Anteil mit 25,0 % in der Einkommensklasse 7 500 bis 35 000 DM beobachtet.

**Nettogeldvermögen
in den unteren Einkommensklassen
in Schleswig-Holstein deutlich niedriger
als im früheren Bundesgebiet**

Das Nettogeldvermögen ist die Differenz zwischen Bruttogeldvermögen und Kreditverpflichtungen. Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchs-

Private Haushalte¹ und ihr mittleres Bruttogeldvermögen, ihre Kreditverpflichtungen² und ihr Nettogeldvermögen am 31. Dezember 1993

Monatliches Haushaltsnettoeinkommen ³ von ... bis unter ... DM	Haushalte in 1 000	Bruttogeldvermögen	Kreditverpflichtungen	Nettogeldvermögen	
				DM je Haushalt (Spalte 1)	in % von Spalte 2
Früheres Bundesgebiet					
Unter 2 500	10 830	29 283	1 250	28 033	95,7
2 500 - 5 000	12 148	61 419	2 214	59 204	96,4
5 000 - 7 500	4 178	105 127	2 840	102 287	97,3
7 500 - 35 000	1 491	196 821	3 854	192 967	98,0
Insgesamt⁴	28 928	63 148	2 030	61 119	96,8
Schleswig-Holstein					
Unter 2 500	449	26 546	(1 665)	24 881	93,7
2 500 - 5 000	510	53 389	2 701	50 688	94,9
5 000 - 7 500	181	108 822	2 469	106 353	97,7
7 500 - 35 000	56	199 065	(4 018)	195 046	98,0
Insgesamt⁴	1 213	59 039	2 342	56 697	96,0

¹ ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften
² ohne Hypotheken, Baudarlehen u. ä. Kredite sowie ohne Dispositionskredite
³ Selbsteinschätzung der Haushalte im Januar 1993; ohne Landwirte
⁴ einschließlich Landwirte

stichprobe betrug das Bruttogeldvermögen Ende 1993 im Durchschnitt aller privaten Haushalte 63 148 DM im früheren Bundesgebiet und 59 039 DM in Schleswig-Holstein. Im Durchschnitt hatten die Haushalte 2 030 DM bzw. 2 342 DM Restschulden aus Konsumentenkrediten, die sie etwa für das neue Auto, für die Einbauküche oder für die Weltreise aufgenommen hatten. Damit verblieb ihnen ein durchschnittliches Nettogeldvermögen von 61 119 DM in Westdeutschland und von 56 697 DM in Schleswig-Holstein. Es war im früheren Bundesgebiet um 3,2 % und in Schleswig-Holstein um 4,0 % niedriger als das Bruttogeldvermögen. Die relativ zum Bruttogeldvermögen höchsten Kreditverpflichtungen wurden in den unteren Einkommensklassen mit einem Haushaltsnettoeinkommen bis 5 000 DM festgestellt. Die Relationen waren in Schleswig-Holstein mit 6,3 % (bis 2 500 DM Einkommen) bzw. 5,1 % (2 500 bis 5 000 DM Einkommen) höher als im früheren Bundesgebiet, wo sie 4,3 % bzw. 3,6 % betragen.

**4,5 % der Haushalte besitzen
29 % allen Bruttogeldvermögens**

Die Tabelle auf der nächsten Seite zeigt die Verteilung des Brutto- und Nettogeldvermögens privater Haushalte nach Größenklassen dieses Vermögens. In Schleswig-Holstein wie auch in Westdeutschland insgesamt haben erwartungsgemäß nur wenige Haushalte sehr viel Geldvermögen und sehr viele Haushalte nur geringes Geldvermögen. So entfielen auf die Haushalte mit einem Bruttogeldvermögen unter 10 000 DM – hierzu gehörten 20,5 % der erfaßten Haushalte im früheren Bundesgebiet bzw. 22,0 % in Schleswig-Holstein – nur 1,4 % bzw. 1,5 % des gesamten Bruttogeldvermögens. Dagegen besaßen die Haushalte mit einem Bruttogeldvermögen von mehr als 200 000 DM – zu dieser Gruppe gehörten 5,6 % der erfaßten Haushalte im früheren Bundesgebiet bzw. 4,5 % in Schleswig-Holstein – 31,0 % bzw. 28,7 % des gesamten Bruttogeldvermögens.

Ähnliches gilt auch für das Nettogeldvermögen. Man muß hier aber beachten, daß in den Vermögensklassen unter 5 000 DM auch alle Haushalte enthalten sind, die höhere Restschulden aus Konsumentenkrediten als Bruttogeldvermögen aufwiesen. In beiden Erhebungsgebieten wurden in dieser Vermögensklasse negative durchschnittliche Nettogeldvermögen festgestellt: im früheren Bundesgebiet - 2 522 DM und in Schleswig-Holstein - 2 537 DM.

In Schleswig-Holstein waren die unteren Vermögensklassen stärker besetzt als im früheren Bundesgebiet. Für die oberen Vermögensklassen galt damit das umgekehrte Verhältnis. Die durchschnittlichen Geldvermögen unterschieden sich dagegen in fast allen Vermögensklassen in beiden Erhebungsgebiete-

Brutto- und Nettogeldvermögen der privaten Haushalte¹ am 31. Dezember 1993 nach der Größenklasse

Größenklasse des Brutto- bzw. Nettogeldvermögens von ... bis unter ... DM	Haushalte mit				Bruttogeldvermögen	Nettogeldvermögen	Bruttogeldvermögen		Nettogeldvermögen	
	Bruttogeldvermögen		Nettogeldvermögen ²				je Haushalt (Spalte 1 bzw. 3)		insgesamt	
	1 000	%	1 000	%	DM		Mrd. DM	%	Mrd. DM	%
Früheres Bundesgebiet										
Unter 5 000	3 286	11,7	4 445	15,8	2 188	- 2 522	7,2	0,4	- 11,2	- 0,6
5 000 - 10 000	2 462	8,8	2 226	7,9	7 364	7 350	18,1	1,0	16,4	0,9
10 000 - 20 000	3 720	13,3	3 494	12,4	14 576	14 575	54,2	3,0	50,9	2,9
20 000 - 50 000	7 174	25,6	6 905	24,5	33 730	33 745	242,0	13,2	233,0	13,2
50 000 - 100 000	6 073	21,7	5 916	21,0	70 803	70 809	430,0	23,5	418,9	23,7
100 000 - 200 000	3 686	13,2	3 627	12,9	138 081	137 993	509,0	27,9	500,5	28,3
200 000 und mehr	1 575	5,6	1 556	5,5	359 645	359 594	566,4	31,0	559,5	31,6
Insgesamt	27 975	100	28 169	100	65 299	62 765	1 826,9	100	1 768,0	100
Schleswig-Holstein										
Unter 5 000	149	12,6	203	17,1	1 896	- 2 537	0,3	0,4	- 0,5	- 0,7
5 000 - 10 000	111	9,4	95	8,0	7 333	7 345	0,8	1,1	0,7	1,0
10 000 - 20 000	161	13,6	157	13,2	15 034	15 053	2,4	3,4	2,4	3,4
20 000 - 50 000	310	26,2	294	24,8	34 209	34 359	10,6	14,8	10,1	14,7
50 000 - 100 000	264	22,4	253	21,3	70 979	70 267	18,7	26,1	17,8	25,9
100 000 - 200 000	134	11,3	133	11,2	136 652	136 311	18,3	25,5	18,1	26,4
200 000 und mehr	53	4,5	52	4,4	388 883	388 714	20,6	28,7	20,2	29,4
Insgesamt	1 181	100	1 187	100	60 630	57 934	71,8	100	68,8	100

¹ ohne Haushalte mit einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 35 000 DM und mehr sowie ohne Haushalte in Anstalten und Gemeinschaftsunterkünften

² Hierzu zählen auch die Haushalte ohne Bruttogeldvermögen, aber mit Kreditverpflichtungen.

ten nicht erheblich. Lediglich in der obersten Geldvermögensklasse mit einem Geldvermögen von 200 000 DM und mehr wurden in Schleswig-Holstein deutlich höhere durchschnittliche Geldvermögen festgestellt als im früheren Bundesgebiet.

Fazit

Auch wenn die Untererfassung der Geldvermögen im Schlußinterview der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe gegenüber der Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank erheblich war, liefern die Ergebnisse doch einen interessanten Überblick zu Geldvermögen und Schulden der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein. Im Vergleich zum früheren Bundesgebiet wurde deutlich, daß es den Schleswig-

Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern – was ihr Geld anbetrifft – kaum schlechter geht als den Menschen in Westdeutschland insgesamt. Dennoch fielen auch einige Unterschiede auf, wie etwa der hohe Anteil der Versicherungsguthaben am Geldvermögen der privaten Haushalte in Schleswig-Holstein.

Wenn es gelingt, die Untererfassung von Geldvermögen bei der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe weiter zu senken und weitere das Geldvermögen beeinflussende Größen zu erfassen (wie etwa die Überziehungskredite), dann kann die EVS – neben ihrer Hauptfunktion als Basisstatistik für die Warenkorbbemessung des Preisindexes – ein noch geschlosseneres Bild zur Vermögenssituation der privaten Haushalte liefern.

Thorsten Quiel

Die Bevölkerung in den Wahlkreisen zur Landtagswahl 2000

Im Rahmen der Durchführung von Landtagswahlen in Schleswig-Holstein ist der sog. Wahlkreisausschuß (§ 17 Landeswahlgesetz - LWahlG) zuständig für die Einteilung des Landes in Wahlkreise (§ 16 LWahlG). Dem Wahlkreisausschuß gehören die Landeswahlleiterin als die Vorsitzende und der Landeswahlleiter als der Vorsitzende und mindestens acht vom Landtag gewählte Abgeordnete als Beisitzerinnen und Beisitzer an. Zur Zeit ist durch § 16 Absatz 1 LWahlG gesetzlich vorgegeben, Schleswig-Holstein in 45 Wahlkreise einzuteilen. Den Landtagswahlen 1967 bis 1988 hatten dagegen 44 Wahlkreise zugrunde gelegen, und von 1947 bis 1962 hatte es lediglich 42 Wahlkreise gegeben, ausgenommen die Wahl im Jahre 1950, zu der das Land in 46 Wahlkreise eingeteilt gewesen war. Gemäß § 16 Absatz 2 LWahlG hat die Wahlkreiseinteilung bestimmten Grundsätzen zu folgen. Die Wahlkreise sind so abzugrenzen, daß sie möglichst gleiche Bevölkerungszahlen aufweisen und dabei

- ein zusammenhängendes Ganzes bilden,
- hinsichtlich der Bevölkerungsentwicklung möglichst beständig sind,
- Gemeindegrenzen nur ausnahmsweise durchschnitteten werden und
- örtliche Zusammenhänge gewahrt bleiben.

In der Praxis verhält es sich keineswegs so, daß zu jeder Landtagswahl eine völlig neue Einteilung der Wahlkreise vorzunehmen ist. Vielmehr geht der Wahlkreisausschuß von der bei der letzten Wahl angewandten Einteilung aus und prüft, ob es Gründe gibt, die abgegrenzten Wahlkreise zu verändern. Besondere Bedeutung kommt dabei der Vorschrift zu, die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises nicht mehr als 25 Prozent von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen zu lassen (§ 16 Absatz 3 Satz 1 LWahlG). Sollte diese Grenze in einem Fall überschritten werden, so wäre die Wahlkreiseinteilung zwingend zu verändern. Maßgebend für die Feststellung der Abweichung ist jeweils die vom Statistischen Landesamt fortgeschriebene Bevölkerungszahl nach dem Stand vom 31. Dezember des vierten Jahres vor der Wahl (§ 16 Absatz 1 Satz 2 LWahlG). Für die nächste Landtagswahl, die im Jah-

re 2000 stattfinden wird, ist also die fortgeschriebene Bevölkerungszahl vom 31. Dezember 1996 bei der Prüfung durch den Wahlkreisausschuß zugrunde zu legen. Die Tabelle auf der Folgeseite zeigt die Bevölkerungszahlen zum Stichtag 31. Dezember 1996 für die geltende und zuletzt bei der Landtagswahl 1996 angewandte Wahlkreiseinteilung, so wie sie vom Landeswahlausschuß am 5. April 1990 beschlossen wurde (Bekanntmachung vom 18. April 1990 - GVOBl. Schl.- H. S. 269).

Die fortgeschriebene Bevölkerungszahl des Landes erhöhte sich in der Zeit vom 31. Dezember 1992, dem für die Landtagswahl 1996 maßgeblichen Stichtag, bis 31. Dezember 1996 um 62 718 (2,3 %) auf 2 742 293 Personen. Entsprechend erhöhte sich auch die durchschnittliche Bevölkerungszahl je Wahlkreis um 1 394 auf 60 940 Personen. Unter den 45 Landtagswahlkreisen sind 36 mit Einwohnerzuwachs und 9, deren Bevölkerungszahl entgegen dem Landtrend abgenommen hat. Die stärksten Bevölkerungsgewinne absolut sind in den Wahlkreisen 32 Segeberg-West (5 362 Personen), 36 Stormarn (4 794 Personen) und 6 Flensburg-Land (4 401 Personen) festzustellen. Die höchsten Einwohnerverluste dagegen hatten die Wahlkreise 18 Kiel-Mitte (- 2 548 Personen), 27 Steinburg-Ost (- 2 432 Personen) und 40 Lübeck-Süd (- 2 367 Personen). Die größten relativen Veränderungen im Einwohnerzuwachs hatten die Wahlkreise 32 Segeberg-West (10,4 %), 6 Flensburg-Land (7,7 %) und 36 Stormarn (6,9 %), während die größten relativen Verluste in den Wahlkreisen 40 Lübeck-Süd (- 4,7 %), 18 Kiel-Mitte (- 4,2 %) und 27 Steinburg-Ost (- 3,6 %) waren.

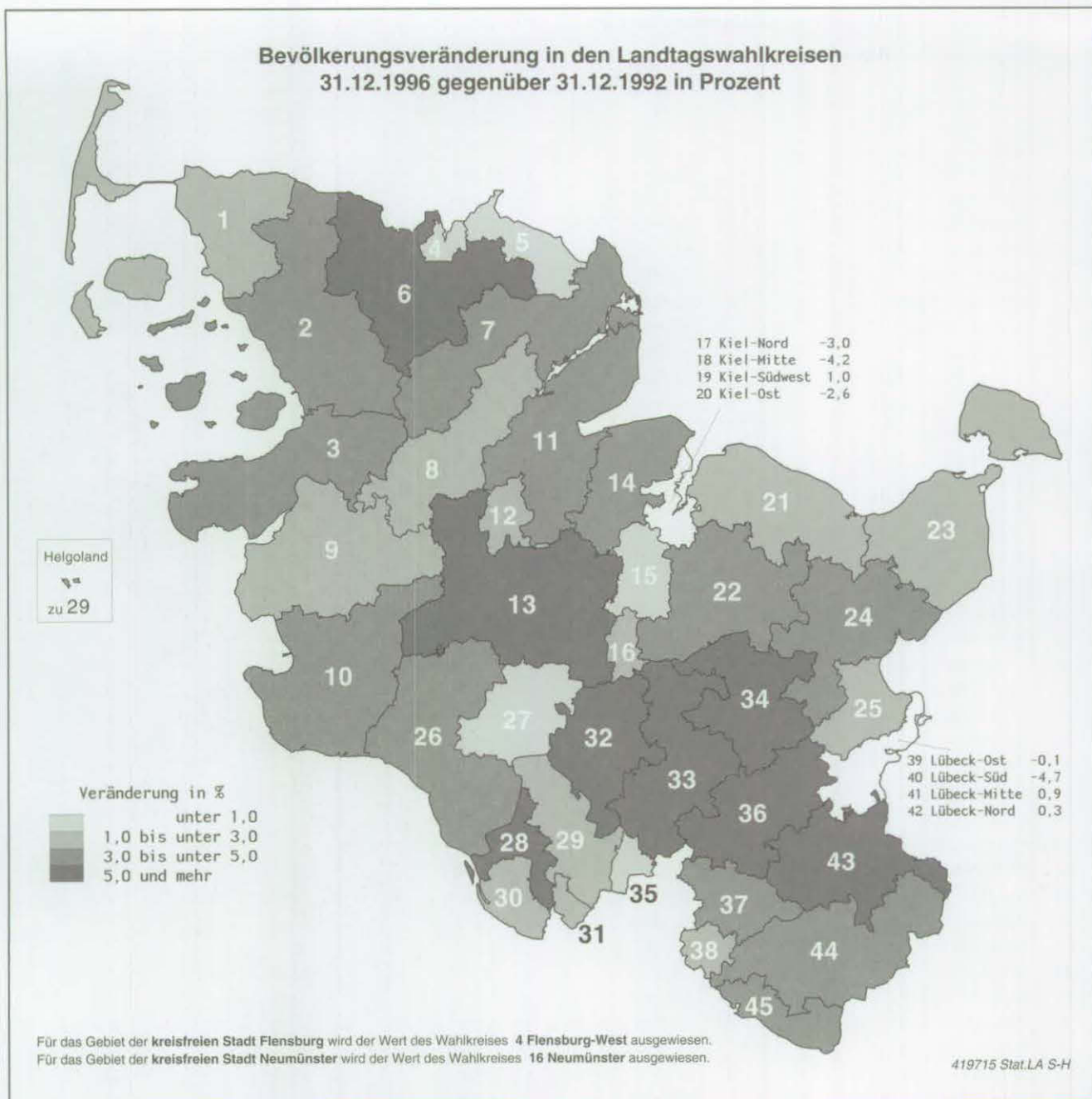
1996 weicht die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises durchschnittlich um 5 893 Personen ($\pm 9,7$ %) vom Landesdurchschnitt ab. 1992 waren es bei derselben prozentualen Abweichung 5 776 Personen. In 22 Wahlkreisen ist die Abweichung vom Landesdurchschnitt 1996 höher als die durchschnittliche Abweichung eines Wahlkreises und in 23 Wahlkreisen niedriger. 1992 dagegen lagen 25 Wahlkreise über dem Durchschnitt und 20 darunter.

Die geringsten Abweichungen von der Durchschnittsgröße der Wahlkreise sind 1996 in den Wahlkreisen 43 Lauenburg-Nord (0,3 %), 6 Flensburg-Land (0,7 %) und 17 Kiel-Nord (- 1,6 %). Vier Jahre zuvor

Bevölkerung in den Landtagswahlkreisen am 31.12.1996 und 31.12.1992

Wahlkreis	31.12.1996			31.12.1992
	Anzahl	Abweichung vom Landesdurchschnitt		in %
		Anzahl	in %	
40 Lübeck-Süd ¹	48 311	- 12 629	- 20,7	- 14,9
5 Flensburg-Ost ¹	50 631	- 10 309	- 16,9	- 14,7
41 Lübeck-Mitte ¹	51 330	- 9 610	- 15,8	- 14,5
2 Husum-Land	51 423	- 9 517	- 15,6	- 17,7
16 Neumünster ¹	52 431	- 8 509	- 14,0	- 13,9
7 Schleswig-Nord	53 195	- 7 745	- 12,7	- 14,0
14 Rendsburg-Ost	54 247	- 6 693	- 11,0	- 11,9
1 Südtondern	54 564	- 6 376	- 10,5	- 10,8
3 Husum-Eiderstedt	54 738	- 6 202	- 10,2	- 11,0
45 Lauenburg-Süd	54 778	- 6 162	- 10,1	- 12,3
34 Segeberg-Ost	54 906	- 6 034	- 9,9	- 12,2
12 Rendsburg	55 951	- 4 989	- 8,2	- 7,0
8 Schleswig-Süd	56 040	- 4 900	- 8,0	- 7,8
4 Flensburg-West ¹	56 077	- 4 863	- 8,0	- 5,3
44 Lauenburg-Mitte	56 252	- 4 688	- 7,7	- 8,7
13 Rendsburg-Süd	56 336	- 4 604	- 7,6	- 11,2
32 Segeberg-West	56 754	- 4 186	- 6,9	- 13,7
42 Lübeck-Nord ¹	56 938	- 4 002	- 6,6	- 4,7
18 Kiel-Mitte ¹	58 007	- 2 933	- 4,8	1,7
15 Neumünster-Nord ¹	58 958	- 1 982	- 3,3	- 0,3
39 Lübeck-Ost ¹	59 094	- 1 846	- 3,0	- 0,6
23 Oldenburg	59 248	- 1 692	- 2,8	- 2,8
38 Reinbek	59 792	- 1 148	- 1,9	- 1,1
17 Kiel-Nord ¹	59 957	- 983	- 1,6	3,8
43 Lauenburg-Nord	61 103	163	0,3	- 2,6
6 Flensburg-Land	61 346	406	0,7	- 4,4
19 Kiel-Südwest ¹	62 394	1 454	2,4	3,8
22 Plön-Süd	62 866	1 926	3,2	2,1
20 Kiel-Ost ¹	63 370	2 430	4,0	9,2
33 Segeberg-Mitte	63 841	2 901	4,8	1,9
27 Steinburg-Ost	64 300	3 360	5,5	12,1
21 Plön-Nord	64 301	3 361	5,5	5,3
11 Eckernförde	64 596	3 656	6,0	4,6
30 Pinneberg-Elbmarschen	65 835	4 895	8,0	7,9
9 Dithmarschen-Nord	67 406	6 466	10,6	10,6
10 Dithmarschen-Süd	67 521	6 581	10,8	10,0
24 Eutin-Nord	68 240	7 300	12,0	10,6
26 Steinburg-West	69 674	8 734	14,3	12,6
35 Norderstedt	70 147	9 207	15,1	16,7
25 Eutin-Süd	70 788	9 848	16,2	17,0
37 Ahrensburg	70 962	10 022	16,4	15,2
31 Pinneberg	71 279	10 339	17,0	16,8
29 Pinneberg-Nord	73 080	12 140	19,9	20,2
36 Stormarn	74 626	13 686	22,5	17,3
28 Elmshorn	74 660	13 720	22,5	19,0
Schleswig-Holstein	2 742 293	x	x	x
Durchschnitt je Wahlkreis	60 940	x	x	x

¹ Die Bevölkerung wird nicht unterhalb der Gemeindeebene fortgeschrieben. Deshalb gibt es keine fortgeschriebenen Bevölkerungszahlen für Wahlkreise der kreisfreien Städte. Um dennoch Bevölkerungszahlen für Wahlkreise auf einheitlicher Grundlage darzustellen, wurde bei kreisfreien Städten die prozentuale Verteilung der Melderegister-Bevölkerung auf die Wahlkreise an die fortgeschriebene Bevölkerungszahl angelegt.



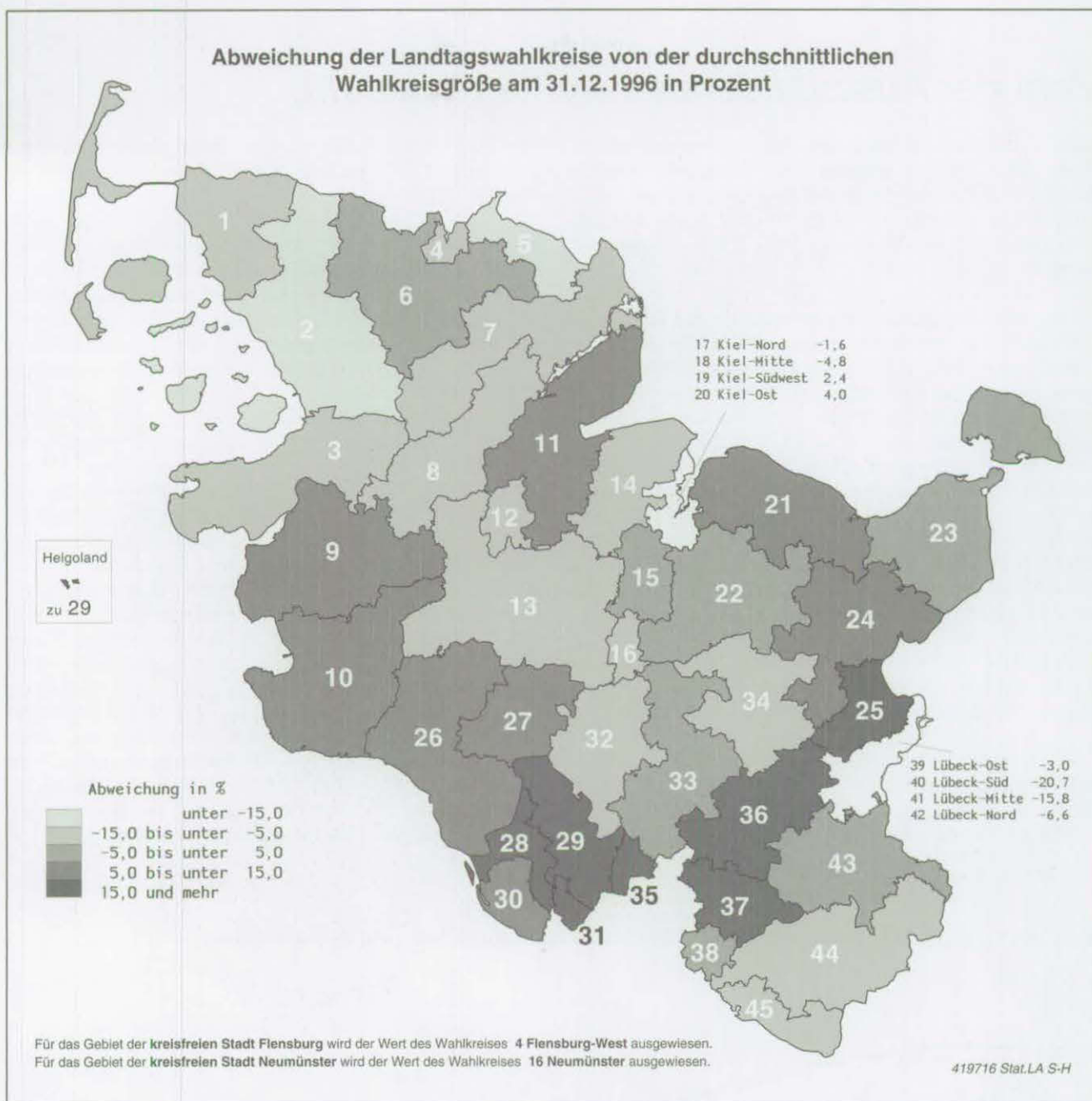
lagen die Einwohnerzahlen der Wahlkreise 15 Neumünster-Nord (- 0,3 %), 39 Lübeck-Ost (- 0,6 %) und 38 Reinbek (- 1,1 %) dem Durchschnittswert am nächsten.

Die Anzahl der Wahlkreise, deren Einwohnerzahl mehr als 20 % vom Landesdurchschnitt abweicht, erhöhte sich gegenüber 1992 von einem auf drei. Während 1992 lediglich der Wahlkreis 29 Pinneberg-Nord mit + 20,2 % über dieser Marke lag, sind es 1996 die Wahlkreise 28 Elmshorn und 36 Stormarn mit

jeweils + 22,5 % sowie 40 Lübeck-Süd mit - 20,7 %.

Gegenüber 1992 veränderte sich die prozentuale Abweichung der Wahlkreise vom Landesdurchschnitt durchschnittlich um 2,2 Prozentpunkte je Wahlkreis. In 15 Wahlkreisen lag die Veränderung unter 1,0 Prozentpunkt und in 8 Wahlkreisen über 5,0 Prozentpunkten. Die größten Veränderungen weisen hier die Wahlkreise 32 Segeberg-West (6,8 Prozentpunkte), 27 Steinburg-Ost (6,6 Prozentpunkte) und 18 Kiel-Mitte (6,5 Prozentpunkte) auf.

Abweichung der Landtagswahlkreise von der durchschnittlichen Wahlkreisgröße am 31.12.1996 in Prozent



Die Auswertung der maßgebenden Bevölkerungszahlen für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein im Jahre 2000 zeigt also, daß alle 45 Wahlkreise in der gültigen Abgrenzung weniger als 25 % von der Größe des durchschnittlichen Wahlkreises abweichen. Damit

erfüllen sie die Vorgaben des § 16 Absatz 3 LWahlG und könnten deshalb – vorbehaltlich der Entscheidung des Wahlkreisausschusses – in ihren jetzigen Abgrenzungen für die kommende Landtagswahl bestehen bleiben.

Bernd Hauptmann

Zahl der Auszubildenden weiter rückläufig

Zum Erhebungsstichtag der Berufsbildungsstatistik, dem 31.12.1996, wurden in Schleswig-Holstein 51 424 Auszubildende registriert, dies waren 1 034 oder 1,9 % weniger als 1995. Im Jahr zuvor war gegenüber 1994 ein Rückgang um 2,6 % festgestellt worden.

In den beiden Ausbildungsbereichen Industrie und Handel sowie Handwerk lernten 80 % der Jugendlichen. Die Anzahl der Ausbildungsverhältnisse verringerte sich im Bereich Industrie und Handel um 2,7 %, im Handwerk um 0,9 %. Im Vorjahr waren in diesen beiden Bereichen gegenüber 1994 5,0 % bzw. 0,8 % weniger Ausbildungsverhältnisse registriert worden. Auffällig ist die Abnahme der Ausbildungsverhältnisse im öffentlichen Dienst um 8,8 %, die sich besonders in den Angaben zu den Auszubildenden, die am Stichtag im zweiten und dritten Lehrjahr waren, niederschlägt. Weiter rückläufig ist ebenfalls die Zahl der landwirtschaftlichen Lehrlinge (- 3,4 %). In der Hauswirtschaft qualifizierten sich immerhin 15,2 % Nachwuchskräfte mehr als noch Ende 1995. Diese Veränderung konnte jedoch bei der geringen Fallzahl das Gesamtergebnis nicht wesentlich beeinflussen.

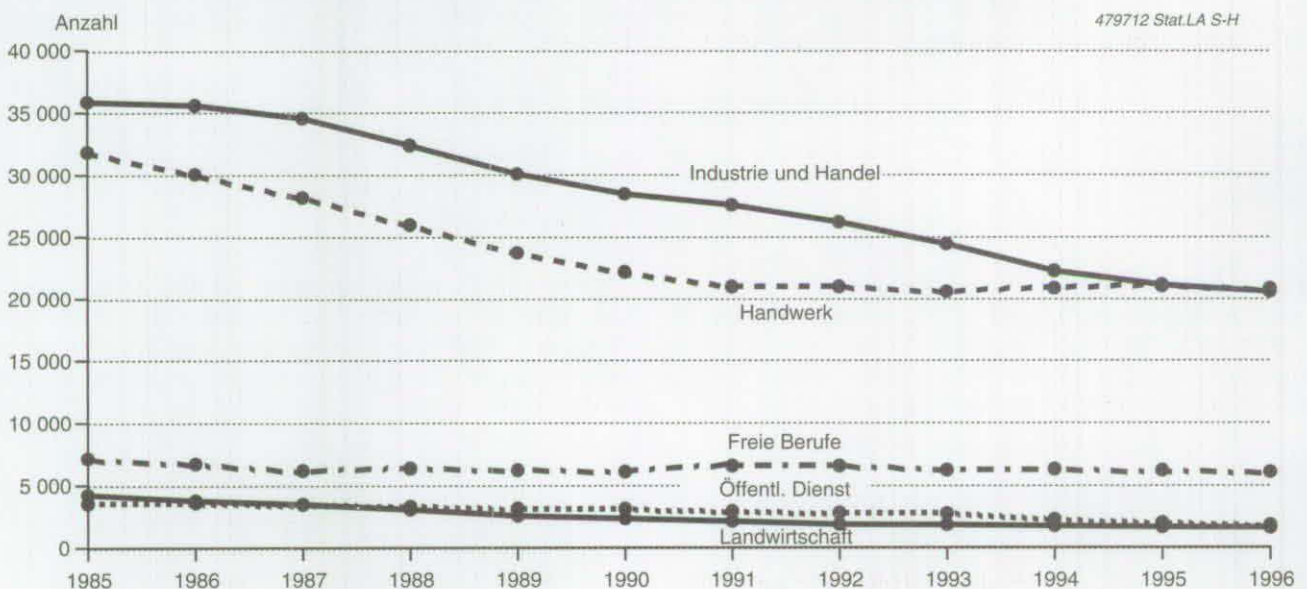
Der Anteil der Frauen an den Auszubildenden insgesamt beträgt gegenüber den Vorjahren unverändert 42 %. Besonders hoch ist ihr Anteil in der Hauswirtschaft und in den freien Berufen. Im Handwerk sind

nur 20 % der Auszubildenden junge Damen. Ausgewogener ist der Frauenanteil im Bereich Industrie und Handel mit 47 %.

Über ein Drittel der Ausbildungsverträge war bis Ende 1996 neu abgeschlossen worden. 5 125 Ausbildungsverhältnisse wurden 1996 vorzeitig aufgelöst. Verglichen mit den Ausgangswerten der Grafik (31.12.1985) ist die Gesamtzahl der Auszubildenden um 39 % zurückgegangen. Von den grafisch dargestellten Berufsbereichen hat sich die Zahl der Auszubildenden relativ am stärksten in der Landwirtschaft vermindert (- 63 %). Die nächstgrößere Verlustrate muß mit 49 % im öffentlichen Dienst festgestellt werden. Im Bereich Industrie und Handel betrug die Abnahmerate 43 %, absolut gesehen war jedoch in diesem Bereich der größte Abbau an Lehrstellen (- 15 338) zu verzeichnen. Im Handwerk haben 11 063 Jugendliche weniger einen Ausbildungsplatz gefunden (- 35 %). In den zurückliegenden sechzehn Jahren ging die Zahl der Auszubildenden in den freien Berufen um 16 % zurück. Gegenüber dem Stichtag fünf Jahre zuvor, dem 31.12.1991, verringerte sich die Zahl der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel um ein Viertel, im Handwerk blieb sie annähernd konstant. Erstmals während der statistisch beobachteten Jahre seit 1976 wurden zum Beobachtungsstichtag 1996 in Industrie und Handel weniger junge Menschen ausgebildet als im Handwerk.

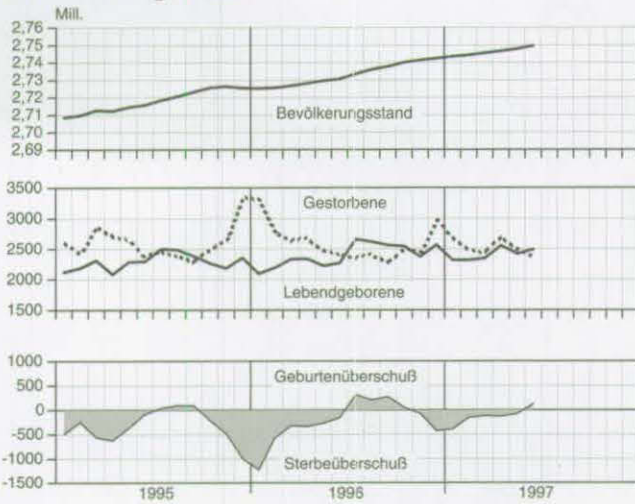
Dr. Friedrich-Wilhelm Lück

Zahl der Auszubildenden von 1985 bis 1996 (ohne Hauswirtschaft und Seeschifffahrt)

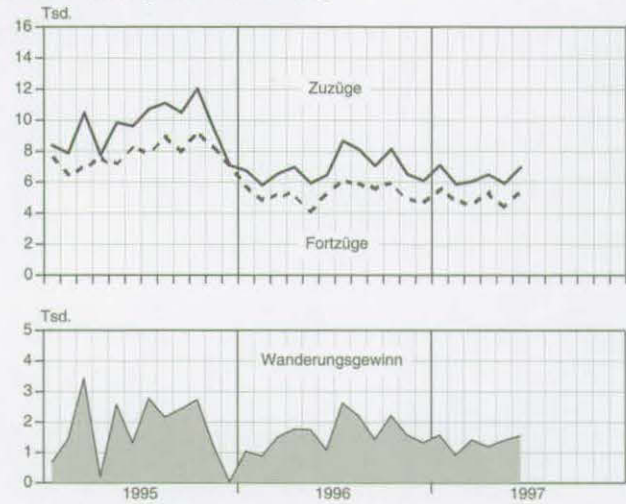


109701 Stat.LA S-H

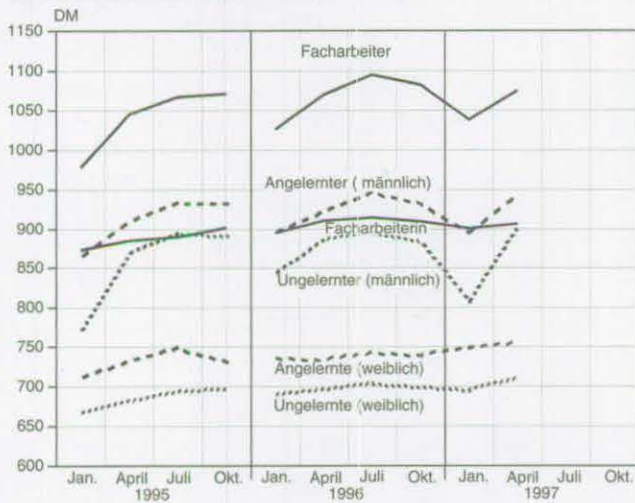
Bevölkerungsstand



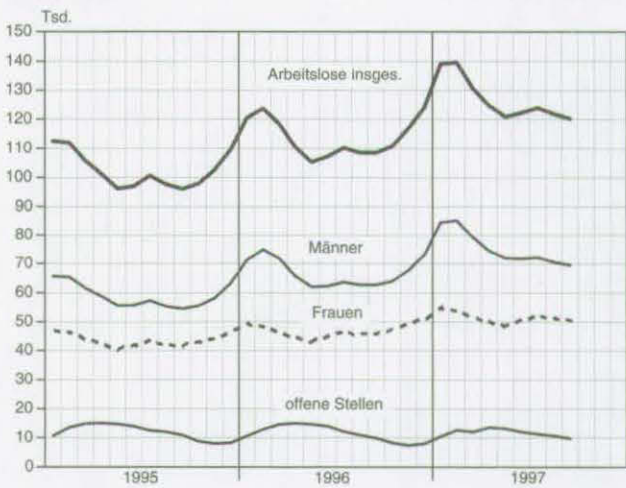
Bevölkerungsveränderung



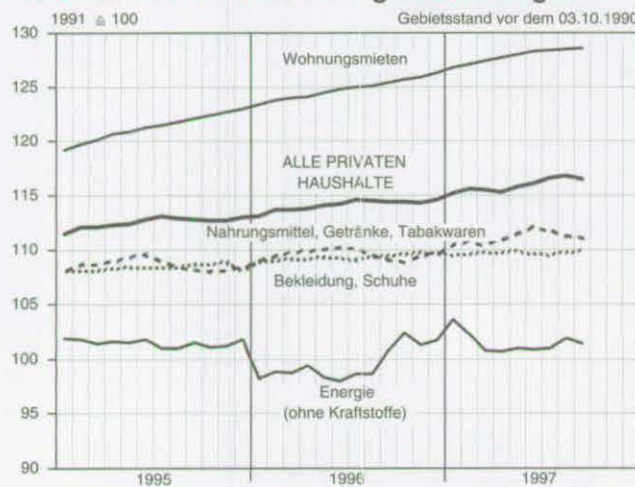
Bruttowochenverdienste¹



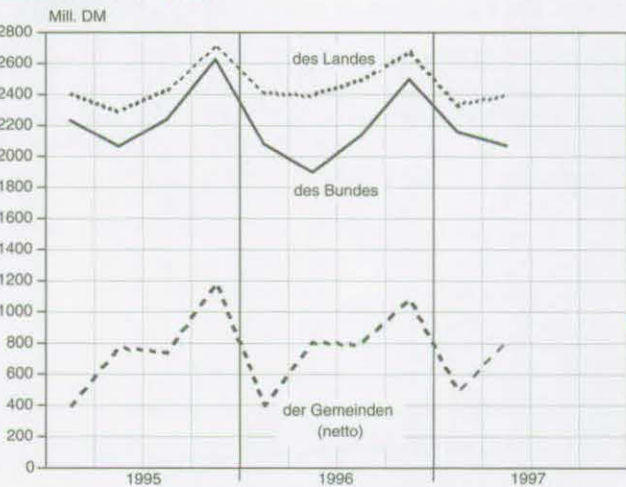
Arbeitslose



Preisindex der Lebenshaltung im Bundesgebiet



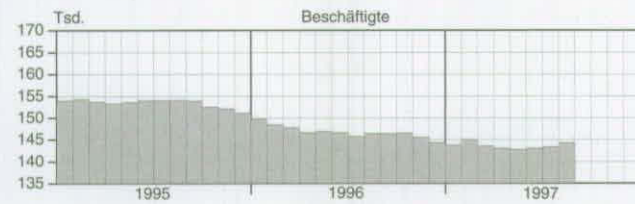
Steuereinnahmen



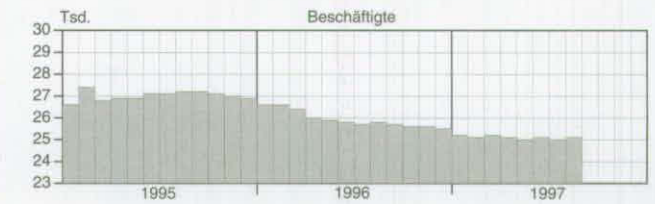
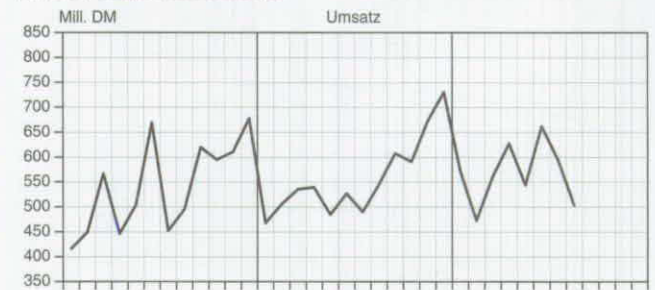
¹ ab Januar 1996 neuer Berichtskreis und Umstellung auf WZ 93

Verarbeitendes Gewerbe

Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



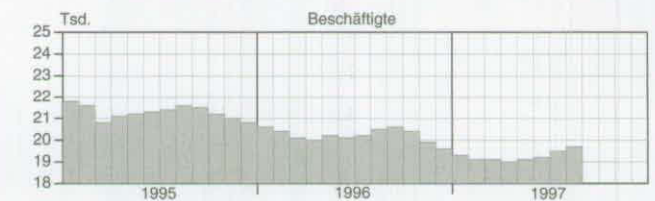
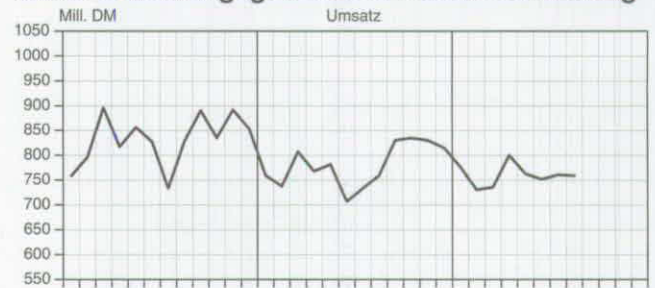
darunter Maschinenbau



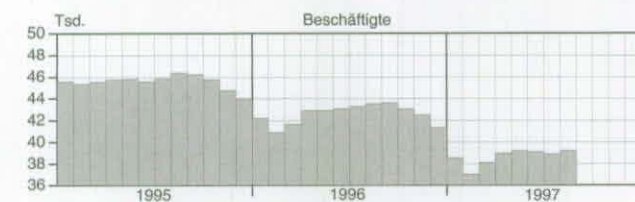
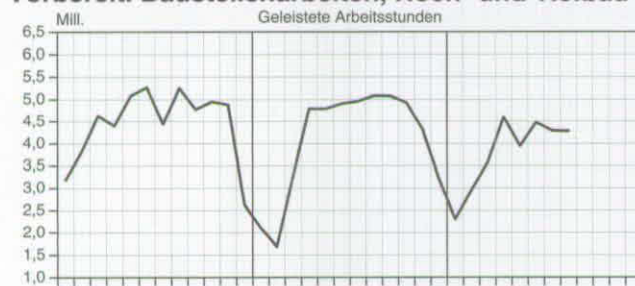
darunter Schiffbau



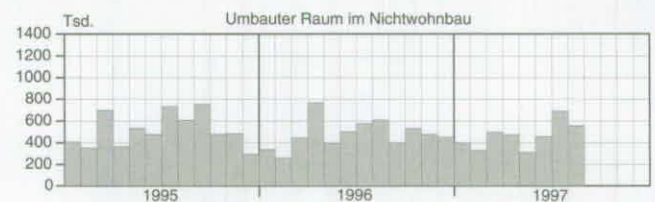
darunter Ernährungsgewerbe u. Tabakverarbeitung

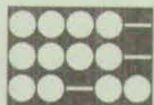


Vorbereit. Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau



Baugenehmigungen





<i>Daten zur Konjunktur</i>	<i>2</i>
<i>Jahreszahlen.....</i>	<i>4</i>
<i>Zahlenspiegel.....</i>	<i>6</i>
<i>Kreiszahlen</i>	<i>11</i>
<i>Zahlen für Bundesländer.....</i>	<i>12</i>

Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein

Daten zur Konjunktur
Schleswig-Holstein

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Energiewirtschaft		August 1997		Januar bis August 1997	
Stromerzeugung (brutto)	Gwh	2 352	+ 14,4	2 731	+ 8,8
Verarbeitendes Gewerbe¹					
Beschäftigte	1 000	144	- 1,7	143	- 2,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Stunden	12	- 6,9	12	- 4,7
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	715	- 0,9	728	- 1,9
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 805	- 1,6	3 972	+ 5,5
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 761	- 4,3	2 803	- 0,5
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 044	+ 6,2	1 169	+ 23,4
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige					
aus dem Inland			+ 4,2		- 10,2
aus dem Ausland			+ 19,7		+ 15,9
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²					
Beschäftigte	1 000	39	- 9,9	39	- 9,2
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Stunden	4	- 16,0	4	- 3,8
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	155	- 13,2	147	- 5,5
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	563	- 14,3	469	- 0,6
Auftragseingang ³	Mill. DM	306	- 14,8	292	- 3,8
Baugenehmigungen⁴					
Wohnbau	Wohnungen	1 599	- 1,9	1 601	+ 5,2
Nichtwohnbau	1 000 m ² umbauter Raum	555	- 8,9	463	- 4,6
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	98,9	- 2,4	99,9	- 0,3
Gastgewerbe					
Umsatz	Meßziffer 1995 = 100	138,3	+ 0,7	97,7	- 3,8
Fremdenverkehr⁵					
Ankünfte	1 000	554	+ 5,6	357	+ 1,8
Übernachtungen	1 000	3 684	+ 3,9	1 923	- 4,4
Arbeitsmarkt					
Arbeitslose	Anzahl	121 818	+ 12,3	127 968	+ 13,2
Offene Stellen	Anzahl	10 644	- 2,5	12 035	- 6,9
Kurzarbeiter	Anzahl	3 910	+ 28,2	7 643	+ 11,1
Insolvenzen					
Anzahl		83	+ 16,9	83	+ 3,7

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II/1/E III 1

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Daten zur Konjunktur
Land und Bund im Vergleich

		Veränderung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in %												
		Januar bis Dez. 1996	Sept. 1996	Okt. 1996	Nov. 1996	Dez. 1996	Jan. 1997	Febr. 1997	März 1997	April 1997	Mai 1997	Juni 1997	Juli 1997	August 1997
Verarbeitendes Gewerbe¹														
Beschäftigte	Land	r- 4,3	r- 4,5	- 4,0	- 4,3	- 4,5	- 3,7	- 3,2	- 2,7	- 2,5	- 2,8	- 2,4	r- 2,0	- 1,7
	Bund	- 3,7	- 4,3	- 3,9	- 4,2	- 4,0	- 4,1	- 4,0	- 4,0	- 3,7	- 3,7	p- 3,3
Geleistete Arbeiterstunden	Land	- 6,1	- 5,3	- 2,9	- 8,1	- 3,3	- 2,8	- 5,5	- 8,0	+ 0,2	- 9,0	- 2,7	- 2,9	- 6,9
	Bund	- 5,8	- 6,4	- 2,6	- 7,0	- 5,4	- 6,3	- 7,5	- 8,9	+ 1,9	- 10,1	p+ 2,3
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 0,7	- 2,1	- 1,5	- 2,3	- 4,0	- 3,4	- 2,1	- 0,9	- 3,4	- 1,7	- 2,4	- 0,3	- 0,9
	Bund	- 0,7	- 1,1	- 1,3	- 4,0	- 2,3	- 3,2	- 2,7	- 2,0	- 1,4	- 2,4	p- 0,7
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	r- 3,8	r- 4,2	r+ 5,1	r- 15,3	r- 2,9	+ 0,8	+ 6,4	r- 2,5	r+ 13,1	r+ 2,9	r+ 5,2	r+ 20,4	- 1,6
	Bund	+ 0,2	+ 0,9	+ 6,8	+ 0,6	+ 0,7	+ 1,5	+ 1,2	- 1,5	+ 9,9	- 1,3	p+ 12,3
Inlandsumsatz	Land	r- 4,0	r- 3,6	r+ 3,6	r- 16,8	r- 6,6	r- 4,0	+ 1,1	r- 8,5	+ 5,7	r- 1,5	r+ 1,7	r+ 6,5	- 4,3
	Bund	- 1,8	- 1,3	+ 4,1	- 2,3	- 1,2	- 1,5	- 1,7	- 4,4	+ 7,2	- 4,2	p+ 8,5
Auslandsumsatz	Land	- 3,3	- 5,8	+ 9,7	- 11,8	+ 7,2	+ 16,0	+ 21,0	+ 17,0	+ 34,6	+ 16,2	+ 14,6	+ 63,9	+ 6,2
	Bund	+ 5,0	+ 6,0	+ 13,3	+ 7,5	+ 5,0	+ 8,7	+ 7,4	+ 5,0	+ 16,1	+ 5,2	p+ 20,7
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Land	r- 6,1	r- 14,6	r+ 1,6	r- 7,0	r+ 2,0	r- 10,9	r+ 11,1	r- 2,8	r- 8,4	+ 5,5	r- 11,8	r+ 1,1	+ 9,1
	Bund	- 0,2	- 2,6	+ 9,6	+ 0,9	- 1,2	+ 2,8	+ 2,3	- 2,2	+ 12,9	+ 0,0	+ 12,7	+ 7,1	...
aus dem Inland	Land	r- 8,9	r- 15,5	r- 3,6	r- 9,0	r- 4,2	r- 17,0	r- 5,9	r- 6,5	r- 12,7	r- 4,2	r- 26,9	- 5,2	+ 4,2
	Bund	- 3,3	- 6,3	+ 5,8	- 3,8	- 3,9	- 2,8	- 0,9	- 5,5	+ 7,6	- 2,7	+ 5,3	+ 3,3	...
aus dem Ausland	Land	- 0,2	- 13,2	+ 11,4	- 3,3	+ 14,3	+ 2,1	+ 40,5	+ 4,1	- 0,5	+ 26,4	+ 23,8	+ 13,6	+ 13,6
	Bund	+ 4,9	+ 4,0	+ 16,1	+ 8,8	+ 3,0	+ 12,1	+ 7,2	+ 2,9	+ 21,2	+ 4,2	+ 24,8
Energieverbrauch (vierteljährlich)	Land	r+ 3,4	-	-	+ 5,0	-	-	- 1,4	-	-	+ 0,8	-	-	...
	Bund	- 4,3	-	-	- 1,1	-	-	- 2,3	-	-	-	-	-	...
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau²														
Beschäftigte	Land	- 6,1	- 5,7	- 5,9	- 5,0	- 6,0	- 8,8	- 9,5	- 8,5	- 9,1	- 8,6	- 9,2	- 10,1	- 9,9
	Bund	- 7,1	- 6,6	- 7,0	- 7,2	- 7,9	- 10,6	- 9,1	- 10,4	- 10,3	- 10,6	- 10,0
Geleistete Arbeitsstunden	Land	- 10,9	+ 2,2	- 4,3	- 15,1	+ 17,1	+ 9,2	+ 74,4	+ 9,0	- 4,1	- 17,8	- 8,8	- 13,5	- 16,0
	Bund	- 9,9	- 3,7	- 3,3	- 13,2	+ 3,2	- 18,2	+ 20,0	- 5,9	- 1,8	- 19,4	- 3,4
Lohn- und Gehaltssumme	Land	- 7,3	- 1,7	- 2,9	- 15,2	+ 9,3	- 4,9	+ 12,0	+ 13,0	- 10,0	- 10,1	- 7,0	- 10,7	- 13,2
	Bund	- 6,8	- 4,3	- 4,2	- 14,0	- 0,5	- 11,1	- 2,5	- 2,1	- 8,2	- 11,8	- 6,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Land	- 9,4	+ 2,2	+ 0,1	+ 1,2	+ 9,1	- 2,8	+ 31,6	+ 22,8	+ 12,8	- 10,3	- 5,7	- 5,2	+ 14,3
	Bund	- 4,9	+ 0,8	+ 2,8	- 2,6	- 1,4	- 5,2	+ 15,1	+ 5,3	+ 4,0	- 9,4	- 2,3
Auftragseingang ³	Land	- 12,7	- 6,4	- 26,1	- 35,8	+ 26,8	- 11,8	+ 29,3	- 18,3	+ 3,3	+ 29,9	- 18,6	- 3,3	- 14,8
	Bund	- 7,9	- 9,4	- 4,5	- 15,4	- 3,3	- 16,1	- 0,3	- 8,1	+ 3,5	- 5,7	- 1,7
Baugenehmigungen⁴														
Wohnbau (Wohnungen)	Land	- 10,7	- 19,0	+ 4,0	- 29,7	- 21,5	- 13,1	+ 18,6	- 3,7	+ 40,7	- 4,5	- 10,4	+ 19,2	- 1,9
	Bund	p- 14,6	- 10,0	- 8,8	- 18,1	- 25,4	- 14,2	r- 13,2	- 17,0	- 7,0	+ 4,4
Nichtwohnbau (umbauter Raum)	Land	- 7,0	- 46,7	+ 10,2	- 1,0	+ 53,9	+ 18,1	+ 26,3	+ 11,5	- 37,9	- 21,2	- 9,0	+ 19,7	- 8,9
	Bund	p- 2,8	+ 2,0	- 2,1	+ 2,3	- 1,4	+ 5,6	+ 12,0	- 3,2	- 9,1	- 2,1
Einzelhandel insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)														
Umsatz	Land	+ 1,8	+ 0,4	+ 6,9	r+ 0,4	- 1,1	+ 2,2	- 1,7	- 2,2	r+ 2,6	r- 2,1	+ 1,4	r- 0,1	- 2,4
	Bund	+ 1,1	- 1,0	+ 4,9	+ 0,2	- 1,3	+ 3,3	r- 2,7	r- 2,9	r+ 2,6	r- 2,7	r+ 3,9	+ 0,1	...
Gastgewerbe														
Umsatz	Land	r- 2,6	r- 3,6	r- 1,0	r- 1,7	r- 3,3	- 5,4	r- 1,4	+ 3,9	r- 10,4	- 3,1	r- 8,0	r- 5,3	+ 0,7
	Bund	- 2,0	r- 1,8	- 1,6	r- 1,9	- 2,5	r- 1,1	r- 3,3	r- 2,0	r- 3,4	r- 1,5	r- 0,9	r- 1,4	...
Fremdenverkehr⁵														
Ankünfte	Land	- 0,9	- 4,8	+ 1,1	+ 2,5	- 4,5	p+ 1,8	p+ 1,2	p+ 10,4	p- 8,9	p+ 4,8	p- 7,2	p+ 1,2	p+ 5,6
	Bund	...	- 0,6	+ 3,7	+ 5,0	- 0,9	+ 3,1	- 1,2	- 1,2	+ 4,1	+ 0,4	+ 3,3	p+ 3,3	...
Übernachtungen	Land	- 1,8	- 2,6	- 1,8	- 2,7	- 7,9	p- 10,4	p- 14,5	p+ 10,5	p- 17,1	p- 4,1	p- 11,7	p- 6,8	p+ 3,9
	Bund	...	- 3,0	- 0,5	- 0,8	- 5,6	- 7,6	- 11,1	- 5,0	- 9,6	- 5,0	- 4,9	p- 7,2	...
Arbeitsmarkt														
Arbeitslose	Land	+ 10,7	+ 12,9	+ 13,1	+ 13,9	+ 13,1	+ 15,5	+ 12,9	+ 10,3	+ 12,8	+ 14,7	+ 14,0	+ 12,4	+ 12,3
	Bund	+ 9,0	+ 10,5	+ 11,1	+ 11,4	+ 10,6	+ 12,6	+ 10,0	+ 9,0	+ 9,5	+ 10,3	+ 9,7	+ 8,1	+ 7,7
Offene Stellen	Land	- 3,5	- 9,3	- 5,3	- 6,4	- 3,6	- 0,7	- 2,6	- 4,6	- 9,6	- 10,5	- 13,9	- 7,2	- 2,5
	Bund	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,7	+ 2,0	+ 5,1	+ 0,3	+ 4,6	+ 3,7	+ 1,2	+ 2,8	+ 0,9	+ 1,4	+ 7,3
Kurzarbeiter	Land	+ 90,1	+ 5,7	+ 20,1	- 3,1	- 9,1	+ 17,3	- 8,9	- 20,1	+ 6,4	+ 62,3	+ 69,6	+ 39,1	+ 28,2
	Bund	+ 61,1	+ 50,7	+ 50,2	+ 13,4	- 5,2	- 5,6	- 12,3	- 28,5	- 39,4	- 42,0	- 44,0	- 48,9	- 46,6
Insolvenzen														
Anzahl	Land	+ 9,8	- 8,2	+ 10,1	- 46,5	+ 27,9	+ 14,8	+ 10,4	+ 11,6	- 24,2	- 7,1	+ 27,4	- 6,9	+ 16,9
	Bund	+ 9,3	+ 8,2	+ 22,5	+ 1,0	+ 5,8	+ 5,9	+ 7,2	- 0,1	- 0,3	+ 6,2	+ 26,2

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis mit vergleichbaren Veränderungsdaten zu 1994 (d. h. in 1995 ohne die neu hinzugekommenen Bereiche)

² auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse; zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 - E III 1

³ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁴ nur Errichtung neuer Gebäude

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, ohne Campingplätze

p = vorläufige Zahl, r = berichtete Zahl

Hinweis: Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein Statistische Monatshefte/Zahlenbeilage 10/1997

Jahreszahlen Schleswig-Holstein

Jahr	Bevölkerung						Im Erwerbsleben tätige Personen ¹				
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß (+) der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	Produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1992	2 662	7,1	10,8	11,4	- 2	33	1 247	59	360	262	568
1993	2 687	6,9	10,7	11,6	- 3	18	1 246	52	362	266	566
1994	2 701	6,8	10,2	11,4	- 3	17	1 245	53	363	262	567
1995	2 717	6,5	10,1	11,5	- 4	21	1 248	47	352	323	525
1996	2 732	6,5	10,5	11,4	- 3	19	1 250	43	340	340	527

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen									Bruttoinlandsprodukt ²				
	Schülerinnen/Schüler im September in					von 100 Schülerinnen/Schülern erreichten				in jeweiligen Preisen		in Preisen von 1991		
	Grund- und Haupt- schulen	Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluss	Haupt- schul- abschluss	mittleren Abschluß	Fachhoch- schulreife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund ³ = 100
	1 000													
1992	135	11	48	61	8	10	36	31	24	96 874	+ 6,4	92 936	+ 2,1	92
1993	138	11	49	61	10	10	36	32	23	100 160	+ 3,4	93 066	+ 0,1	93
1994	144	12	49	61	11	10	36	30	24	104 472	+ 4,3	95 034	+ 2,1	92
1995	150	11	50	62	12	10	36	31	23	108 827	+ 4,2	96 993	+ 2,1	93
1996	155	12	52	62	13	10	36	31	23	110 695	+ 1,7	97 945	+ 1,0	92

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 03.12.				Schlachtungen ⁵		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zuckerrüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴									
	1 000										
1992	1 435	440	1 397	3 129	548	1 853	2 297	5 116	2 093	154	768
1993	1 424 ^a	431 ^a	1 378 ^a	3 129 ^a	431	1 904	2 312	5 306	1 892	184	779
1994	1 396	426	1 309	2 731	351	1 709	2 311	5 393	1 928	146	699
1995	1 398 ^a	421 ^a	1 269 ^a		318	1 464	2 408	5 688	2 151	154	715
1996	p 1 396	p 422	p 1 292	2 687	378	1 309	2 404	p 5 702	2 251	193	717

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Monatsdurchschnitt)		geleistete Arbeiter- stunden	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter		Bruttosumme		insgesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸
	1 000		Mill.	Mill. DM		Mill. DM		1 000 t SKE ⁹				Beschäftigte am 30.06. in 1 000
1992	180	119	192	5 309	4 247	49 228	10 430	183	1 251	596	409	44
1993	171	111	176	5 072	4 327	47 315	9 911	189	1 293	620	407	45
1994	163	104	168	4 953	4 370	48 688	11 253	184	1 234	672	414	47
								1 000 t	Mill. kwh			
1995	153	97	157	4 856	4 321	r 48 979	r 12 777	162	887	5 174	3 374	r 46
1996	147	92	148	4 767	4 342	47 670	12 359	174	908	5 110	3 909	43

¹ Ergebnisse der 1%-Mikrozensus-erhebungen

² ab 1993 vorläufiges Ergebnis

³ Gebietsstand vor dem 03.10.1990

⁴ ohne Ammen- und Mutterkühe

⁵ ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

⁶ gewerbliche und Hausschlachtungen, in- und ausländischer Herkunft

⁷ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; bis 1994 nach alter Wirtschaftszweigsystematik (SYPRO), ab 1995 nach neuer Wirtschaftszweigsystematik (WZ'93)

⁸ ohne Eigenherzeugung

⁹ 1 Tonne SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

^a repräsentative Viehzählung

Jahr	Wohnungswesen			Ausfuhr				Fremdenverkehr ²			
	zum Bau genehmigte Wohnungen ¹	fertiggestellte Wohnungen ¹		insgesamt	in EU-Länder	in Länder der EFTA	von Gütern der gewerblichen Wirtschaft	Ankünfte		Übernachtungen	
		insgesamt	Bestand an Wohnungen					insgesamt	Auslandsgäste	insgesamt	von Auslands-gästen
	1 000			Mill. DM				1 000			
1992	15	12	1 171	13 156	6 175	1 751	11 070	4 129	492	22 116	981
1993	19	14	1 186	11 613	5 363	1 688	9 903	3 956	343	21 989	735
1994	23	19	1 206	12 918	5 712	1 898	11 258	3 907	314	21 542	690
1995	20	r 22	1 230	p 13 629	p 7 010	p 821	p 11 912	3 996	300	21 988	665
1996	18	18	...	p 14 193	p 7 619	p 885	p 12 374	3 959	309	21 597	654

Jahr	Kfz-Bestand ³ am 01.07.				Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden			Spareinlagen ⁵ am 31.12.	Sozialhilfe ⁶			Kriegsopferfürsorge
	insgesamt	Kraftfahrzeuge	Pkw ⁴	Lkw	Unfälle	Getötete	Verletzte		insgesamt	Hilfe zum Lebensunterhalt		
								Aufwand in Mill. DM		Aufwand in Mill. DM	Empfänger in 1 000	Aufwand in Mill. DM
	1 000							Mill. DM				
1992	1 528	58	1 307	64	16 429	319	21 310	20 156	1 831,9	677,1	131,4	109,5
1993	1 571	64	1 341	66	15 528	296	20 325	22 009	2 031,6	746,0	143,6	118,7
1994	1 608	71	1 368	69	15 463	282	20 182	24 350	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1995	1 644	78	1 393	72	r 15 592	r 268	r 20 652	26 765	2 137,0	780,6	94,1	122,4
1996	1 677	85	1 416	75	14 307	260	18 809	29 689	2 238,1	873,5	112,3	121,9

Jahr	Steuern								Schulden					
	Steuereinnahmen nach der Steuerverteilung				Steuern vom Umsatz	Steuern vom Einkommen			Verbrauchssteuern	Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	des Landes		der Gemeinden und Gemeindeverbände ⁸	
	des Bundes	des Landes ⁷	der Gemeinden	insgesamt		Lohnsteuer	veranlagte Einkommensteuer	insgesamt			Kreditmarktmittel			
					insgesamt				in 1 000	Kreditmarktmittel				
Mill. DM														
1992	7 919	8 351	3 012	4 937	10 061	7 059	1 637	117	1 235	22 081	4 226	3 331		
1993	8 331	9 696	3 158	5 506	10 645	7 333	1 676	44	1 182	23 873	4 529	3 577		
1994	8 880	9 704	3 156	6 092	10 826	7 510	1 447	39	1 179	24 766	4 681	3 716		
1995	9 163	9 844	3 102	6 098	10 739	8 007	1 119	41	1 178	26 367	4 918	3 859		
1996	8 609	9 980	3 093	5 950	10 133	7 821	805	169	1 265	27 640	5 127	4 026		

Jahr	Preisindizes im Bundesgebiet ⁹					Löhne und Gehälter ¹¹						
	Erzeugerpreise ¹⁰		für Wohngebäude 1991 = 100	Lebenshaltung aller privaten Haushalte 1991 = 100		Industriearbeiter ¹²		Angestellte in Industrie ¹² und Handel, Kreditinstituten und Versicherungsgewerbe			Öffentlicher Dienst	
	gewerblicher Produkte 1991 = 100	landwirtschaftlicher Produkte 1985 = 100		insgesamt	darunter Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	Männer	Frauen	Bruttomonatsgehalt		Bruttomonatsgehalt ¹³		
			Bruttowochenlohn					Bruttomonatsgehalt	Beamte A 9 (Inspektor)	Angestellte BAT VIII (Bürokräft)		
	DM											
1992	101,4	91,9	105,7	104,0	103,3	899	640	4 808	3 330	5 453	4 284	3 200
1993	101,4	84,7	110,5	107,7	105,4	930	665	5 071	3 533	5 724	4 411	3 294
1994	102,0	86,5	112,8	110,6	107,1	978	695	5 233	3 677	5 911	4 498	3 359
1995	103,7	87,1	115,4	112,5	108,6	1 000	722	5 405	3 856	6 115	4 639	3 464
1996	103,1	...	115,3	114,1	109,6	1 022 ^a	734 ^a	5 419 ^a	3 870 ^a	6 254 ^a	4 769	3 594

¹ Errichtung neuer Gebäude
² nur Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten, einschließlich Kinderheime und Jugendherbergen
³ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr; ab 1994 nur ohne Post und Bundeswehr
⁴ einschließlich Kombinationskraftwagen
⁵ ohne Postspareinlagen
⁶ Die Angaben ab 1994 sind nicht direkt mit den Vorjahren vergleichbar, weil seit 01.11.1993 die Angaben für Asylbewerber gesondert ausgewiesen werden.
⁷ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen
⁸ einschließlich ihrer Krankenhäuser, aber ohne Eigenbetriebe und Zweckverbände
⁹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.
¹⁰ ohne Umsatz- (Mehrwert-)steuer
¹¹ Durchschnitt aus den 4 Berichtsquartalen
¹² einschließlich Hoch- und Tiefbau mit Handwerk
¹³ Endgehalt, die Angaben gelten für Verheiratete mit einem Kind inklusive Kindergeld, ohne Stellenzulage
^a Mit der Zuordnung der Betriebsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen zurückliegender Berichtsjahre möglich (vgl. Seite 10, Zahlenspiegel)

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	p 2 717	...	p 2 731	p 2 734	p 2 736	p 2 748
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen	Anzahl	p 1 473	...	p 2 054	p 1 757	p 2 578	p 2 515
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 6,5	...	p 9,2	p 7,6	p 11,1	p 10,8
* Lebendgeborene	Anzahl	p 2 286	...	p 2 266	p 2 663	p 2 620	p 2 418
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 10,1	...	p 10,1	p 11,5	p 11,3	p 10,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	p 2 607	...	p 2 427	p 2 350	p 2 413	p 2 495
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p 11,5	...	p 10,8	p 10,1	p 10,4	p 10,7
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	p 11	...	p 9	p 18	p 8	p 20
	je 1 000 Lebendgeborene	p 4,8	...	p 4,0	p 6,8	p 3,1	p 8,3
* Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	p- 321	...	p- 161	p+ 313	p+ 207	p- 77
	je 1 000 Einw. und 1 Jahr	p- 1,4	...	p- 0,7	p+ 1,3	p+ 0,9	p- 0,3
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 567	6 921	6 448	8 657	8 123	5 905	6 974
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	3 890	1 677	1 663	2 148	2 113	1 539	1 505
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	7 823	5 306	5 368	6 037	5 919	4 512	5 423
* darunter in das Ausland	Anzahl	1 236	1 110	1 083	1 247	1 205	1 076	1 129
* Wanderungsgewinn (+) und -verlust (-)	Anzahl	+ 1 744	+ 1 615	+ 1 080	+ 2 620	+ 2 204	+ 1 393	+ 1 661
* Innerhalb des Landes Umgezogene ¹	Anzahl	11 102	10 945	9 763	11 509	11 438	9 785	10 692
* Wanderungsfälle	Anzahl	28 491	23 172	21 579	26 203	25 480	20 202	23 089
Arbeitslage										
* Arbeitslose (Monatsende)	1 000	102	113	107	110	109	121	122	124	122
* darunter Männer	1 000	59	66	62	64	63	72	72	72	70
* Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	3,1	5,8	3,7	3,1	3,0	7,9	6,2	4,3	3,9
* darunter Männer	1 000	2,5	5,0	3,0	2,6	2,6	6,1	4,8	3,2	2,9
* Offene Stellen (Monatsende)	1 000	12,0	11,5	14,0	12,1	10,9	13,1	12,1	11,2	10,6
LANDWIRTSCHAFT										
Viehbestand										
Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 398 ^a	1 397 ^a	1 412	.	.	.	1 374	.	.
darunter Milchkühe (ohne Ammen- und Mutterkühe)	1 000	421 ^a	422 ^a	405	.	.	.	389	.	.
Schweine	1 000	1 269 ^a	1 293 ^a	.	.	1 289	.	.	.	1 320
darunter Zuchtsauen	1 000	118 ^a	119 ^a	.	.	118	.	.	.	120
darunter trächtig	1 000	83 ^a	83 ^a	.	.	81	.	.	.	84
Schlachtungen										
Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	26	31	26	30	32	31	30	35	35
Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Schweine	1 000 St.	121	109	103	110	108	103	107	104	104
darunter Hausschlachtungen	1 000 St.	1	1	0	0	0	0	0	0	0
Schlachtmenge² aus gewerblichen Schlachtungen										
(ohne Geflügel)	1 000 t	19,5	19,8	17,6	19,4	20,2	19,0	19,0	20,3	20,2
* darunter Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	8,1	9,6	8,0	9,2	10,2	9,3	9,0	10,5	10,4
* Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
* Schweine	1 000 t	11,0	9,9	9,3	9,8	9,6	9,3	9,6	9,4	9,4
Durchschnittliches Schlachtgewicht für										
Rinder (ohne Kälber)	kg	311	307	311	311	314	306	305	305	300
Kälber	kg	130	136	149	131	132	136	135	138	134
Schweine	kg	91	91	90	90	90	91	91	90	90
Geflügel										
Konsumeier ³	1 000	28 793	29 010	29 265	28 903	26 709	30 271	30 363	29 890	28 212
* Geflügelfleisch ⁴	1 000 kg	59	61
Milcherzeugung										
darunter an Molkereien und Händler geliefert	%	96	96	98	97	95	98	98	97	95
Milchleistung je Kuh und Tag	kg	15,6	15,6	16,4	15,6	15,4	16,6	15,9	14,8	14,5

¹ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene

² einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien

³ in Betrieben bzw. in Unternehmen mit 3 000 und mehr Hennenhaltungsplätzen

⁴ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat

^a Dezember

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe¹										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	153	147	147	146	147	143	143	143	144
* darunter Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	97	92	92	92	92	88	89	89	90
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	13 118	12 320	12 117	11 731	12 362	11 221	11 794	11 390	11 509
* Lohnsumme	Mill. DM	404,7	397,2	414,5	389,1	380,8	405,3	400,1	383,6	370,5
* Gehaltssumme	Mill. DM	360,1	361,8	395,0	350,3	341,3	365,9	390,0	353,9	344,7
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	4 082	r 3 926	r 3 974	r 3 718	3 866	r 3 810	r 4 182	r 4 477	3 805
* Inlandsumsatz	Mill. DM	3 016	r 2 896	r 2 875	r 2 819	2 884	r 2 752	r 2 922	r 3 003	2 761
* Auslandsumsatz	Mill. DM	1 066	1 030	1 100	900	982	1 058	1 260	1 475	1 044
Kohleverbrauch	1 000 t	14	15
Gasverbrauch	Mill. kWh	431	426
Stadt- und Kokereigas	Mill. kWh
Erd- und Erdölgas	Mill. kWh
Heizölverbrauch	1 000 t	74	76
leichtes Heizöl	1 000 t	6	7
schweres Heizöl	1 000 t	68	68
Stromverbrauch	Mill. kWh	315	326	405	.	335	319	319	338	332
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	34	34	28	.	35	36	29	35	34
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	2 331	2 423	1 891	2 477	2 056	2 496	2 232	2 663	2 352
* Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	1 030	1 041	912	926	982	1 012	955	975	1 016
Gaserzeugung (netto)	1 000 m ³	2 607
Handwerk (Meßzahlen)³										
		2. Vj. 96				2. Vj. 97				
Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.09.1976 = 100	114,4	-	-	-	...	-	-
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	241,0	-	-	-	...	-	-
Baugewerbe⁴										
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau⁵										
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	45 330	42 566	43 065	43 247	43 502	39 200	39 088	38 890	39 207
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 595	4 093	4 903	4 958	5 085	3 943	4 472	4 287	4 273
darunter für										
Wohnungsbauten	1 000	2 247	2 006	2 377	2 390	2 466	1 974	2 175	2 077	2 090
* gewerbliche und industrielle Bauten ⁶	1 000	1 145	942	1 104	1 080	1 127	835	1 002	961	917
* Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 159	1 098	1 349	1 429	1 425	1 094	1 240	1 207	1 205
* Lohnsumme	Mill. DM	146,4	133,5	134,2	153,2	145,9	129,5	123,3	134,3	123,6
* Gehaltssumme	Mill. DM	33,4	33,3	33,5	33,3	32,4	30,5	32,7	32,2	31,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	597,6	541,5	642,5	663,6	656,9	479,6	605,8	629,2	562,7
Auftragseingang ⁷	Mill. DM	334,1	291,5	492,0	287,4	358,6	388,8	400,5	277,9	305,6
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe⁷										
		2. Vj. 96				2. Vj. 97				
* Beschäftigte ⁸	Anzahl	.	12 296	12 331	-	-	-	12 760	-	-
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	.	1 357	4 068	-	-	-	4 227	-	-
* Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	.	48,1	1 426	-	-	-	148,1	-	-
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	.	145,0	402,5	-	-	-	415,2	-	-

¹ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E 1 1. Ab Januar 1995 neuer Berichtskreis nach neuer Wirtschaftszweigabgrenzung (einschl. Recycling und Verlagsgewerbe); für davorliegende Zeiträume wird eine Rückrechnung nach neuer Abgrenzung vorgenommen, allerdings liegen für die Bereiche Recycling und Verlagsgewerbe keine Daten vor, so daß die Vergleichbarkeit eingeschränkt ist.

² ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme und Wasserversorgung

³ ohne handwerkliche Nebenbetriebe

⁴ ab 1995 in der Abgrenzung nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ93)

⁵ auf alle Betriebe hochgerechnete Ergebnisse

⁶ einschließlich Unternehmen der Bahn und Post

⁷ Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

⁸ am Ende des Vierteljahres, bei Jahreszahlen = Durchschnitt der Vierteljahresergebnisse

⁹ Ab 1997 Umstellung auf vierteljährliche Berichterstattung

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
BAUTÄTIGKEIT										
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	683	729	794	804	793	972	948	951	778
darunter mit										
1 Wohnung	Anzahl	494	561	609	653	601	823	767	760	626
2 Wohnungen	Anzahl	94	92	93	83	108	94	108	118	82
* Rauminhalt	1 000 m³	730	694	830	729	763	791	807	866	779
* Wohnfläche	1 000 m²	138	132	159	139	148	154	158	168	148
* Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	112	105	104	137	137	100	113	140	106
* Rauminhalt	1 000 m³	515	479	502	575	609	309	457	688	555
* Nutzfläche	1 000 m²	84	79	82	106	103	54	82	111	86
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	1 879	1 641	2 056	1 704	1 854	1 716	1 747	1 926	1 718
HANDEL UND GASTGEWERBE										
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 166,9 p	1 182,8	1 265,6	1 179,2	1 083,2	1 340,1	1 486,0
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	145,7 p	151,6	140,9	118,9	132,3	126,7	140,8
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	1 021,1 p	1 031,2	1 124,7	1 060,3	950,9	1 213,4	1 345,2
davon										
* Rohstoffe	Mill. DM	25,0 p	24,2	29,3	26,0	26,3	33,3	37,3
* Halbwaren	Mill. DM	64,9 p	66,3	74,7	70,3	65,2	88,5	63,3
* Fertigwaren	Mill. DM	931,3 p	940,7	1 020,7	964,0	859,4	1 091,6	1 244,6
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. DM	134,2 p	147,8	173,2	159,4	143,6	178,7	180,5
* Enderzeugnisse	Mill. DM	797,0 p	793,0	847,5	804,6	715,8	912,9	1 064,1
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
* EU-Länder	Mill. DM	615,3 p	634,9	703,7	626,5	596,9	832,2	781,2
darunter Niederlande	Mill. DM	97,8 p	92,3	94,5	81,9	103,0	108,3	124,0
Italien	Mill. DM	65,9 p	81,7	108,1	103,7	67,2	96,8	108,4
Frankreich	Mill. DM	91,4 p	80,9	89,7	82,2	73,6	149,8	97,7
Dänemark	Mill. DM	74,6 p	78,3	80,6	61,3	78,8	90,5	75,6
* Einzelhandelsumsätze insgesamt (einschl. Kfz-Einzelhandel, Tankstellen)	1995 = 100	100,0	101,8	100,6	107,4	101,4	103,8	102,0	107,5	98,9
* Gastgewerbeumsätze	1995 = 100	100,0	97,4	116,9	133,3	137,3	110,9	107,5	126,3	138,3
Fremdenverkehr in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten										
* Ankünfte	1 000	333	330	473	513	525 p	465 p	439 p	519 p	554
darunter von Auslandsgästen	1 000	25	26	33	50	35 p	29 p	35 p	52 p	36
* Übernachtungen	1 000	1 832	1 800	2 615	3 728	3 545 p	2 145 p	2 309 p	3 474 p	3 684
darunter von Auslandsgästen	1 000	55	55	66	96	75 p	58 p	72 p	98 p	75
VERKEHR										
Seeschifffahrt¹										
* Gütereingang	1 000 t	1 905	...	2 064	2 037	2 149
* Güterversand	1 000 t	1 086	...	1 096	1 050	1 132
Binnenschifffahrt										
* Gütereingang	1 000 t	179	151	195	177	180	91	229	192	...
* Güterversand	1 000 t	207	185	221	212	184	140	209	175	...
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge ²	Anzahl	10 204	10 860	12 772	11 063	8 879	12 197	12 865	11 571	...
darunter Krafträder	Anzahl	576	745	1 098	929	872	1 417	1 286	1 123	...
* Personenkraftwagen ³	Anzahl	8 783	9 289	10 735	9 291	7 227	9 813	10 468	9 516	...
* Lastkraftwagen (einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	593	568	599	574	499	640	736	582	...
Straßenverkehrsunfälle										
* Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 299	1 192	1 355	1 289	1 621	1 330 r	1 405 p	1 399 p	1 553
* Getötete Personen	Anzahl	22	22	26	24	20	27 r	24 p	24 p	35
* Verletzte Personen	Anzahl	1 721	1 567	1 787	1 766	2 123	1 776 r	1 898 p	1 862 p	2 027

¹ ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fahrverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

² mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

³ einschließlich Kombinationskraftwagen

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

		1995	1996	1996			1997			
		Monatsdurchschnitt			Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli
GELD UND KREDIT¹										
Insolvenzen										
* Insolvenzen insgesamt	Anzahl	73	80	73	102	71	65	93	95	83
* Unternehmen	Anzahl	59	66	58	92	61	55	79	78	64
* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	14	14	15	10	10	10	14	17	19
* Beantragte Konkurse	Anzahl	73	80	73	102	71	65	93	95	83
* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	50	55	51	57	51	45	60	61	53
Kredite und Einlagen¹										
		4-Monats-durchschnitt³								
Kredite ² an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	124 831	134 465	132 947	-	-	-	142 926	-	-
darunter										
Kredite ² an inländische Nichtbanken	Mill. DM	122 658	131 358	129 756	-	-	-	139 099	-	-
kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	14 735	16 099	15 910	-	-	-	17 185	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	14 439	15 505	15 253	-	-	-	16 930	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	296	594	657	-	-	-	255	-	-
mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	7 424	7 889	7 797	-	-	-	7 691	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	5 534	6 186	6 072	-	-	-	6 480	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 890	1 702	1 725	-	-	-	1 211	-	-
langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	100 500	107 371	106 049	-	-	-	114 223	-	-
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	74 630	80 446	79 416	-	-	-	86 765	-	-
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	25 869	26 926	26 633	-	-	-	27 458	-	-
Einlagen und aufgenommene Kredite ² von Nichtbanken	Mill. DM	81 741	88 381	87 079	-	-	-	92 150	-	-
Sichteinlagen und Termingelder										
von inländischen Nichtbanken	Mill. DM	55 226	58 899	58 007	-	-	-	61 174	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	49 262	52 919	52 113	-	-	-	55 213	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	5 965	5 980	5 894	-	-	-	5 961	-	-
Spareinlagen	Mill. DM	25 376	28 466	28 017	-	-	-	29 983	-	-
von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	25 001	28 038	27 594	-	-	-	29 513	-	-
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	376	429	423	-	-	-	470	-	-
STEUERN										
Steueraufkommen nach der Steuerart				Vierteljahres-durchschnitt	2. Vj. 96			2. Vj. 97		
Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	4 277	4 097	3 697	-	-	-	3 858	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	2 002	1 955	1 740	-	-	-	1 793	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	280	201	215	-	-	-	137	-	-
nicht veranlagte Ertragsteuer	Mill. DM	78	70	48	-	-	-	58	-	-
Zinsabschlag	Mill. DM	53	52	32	-	-	-	32	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	272	255	291	-	-	-	368	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	1 404	1 382	1 212	-	-	-	1 277	-	-
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	120	106	100	-	-	-	118	-	-
Bundessteuern	Mill. DM	253	281	208	-	-	-	299	-	-
Versicherungsteuer	Mill. DM	46	46	24	-	-	-	23	-	-
Landessteuern	Mill. DM	295	312	294	-	-	-	308	-	-
Vermögenssteuer	Mill. DM	57	64	53	-	-	-	22	-	-
Grunderwerbsteuer	Mill. DM	55	58	53	-	-	-	89	-	-
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	127	125	136	-	-	-	140	-	-
Gemeindesteuern	Mill. DM	424	450	456	-	-	-	508	-	-
Grundsteuer A	Mill. DM	8	8	8	-	-	-	8	-	-
Grundsteuer B	Mill. DM	101	107	100	-	-	-	108	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	Mill. DM	295	316	327	-	-	-	369	-	-
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaft										
Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	2 291	2 152	1 899	-	-	-	2 069	-	-
Bundesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 038	1 871	1 691	-	-	-	1 770	-	-
Lohnsteuer	Mill. DM	851	831	739	-	-	-	762	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	119	86	91	-	-	-	58	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	136	127	145	-	-	-	183	-	-
Umsatz- und Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	854	751	663	-	-	-	704	-	-
Steuereinnahmen des Landes ⁴	Mill. DM	2 461	2 495	2 400	-	-	-	2 389	-	-
Landesanteil an den Gemeinschaftsteuern	Mill. DM	2 117	2 070	1 955	-	-	-	2 001	-	-
Lohnsteuer und Lohnsteuerzerlegung	Mill. DM	1 045	936	180	-	-	-	843	-	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	115	81	85	-	-	-	54	-	-
Körperschaftsteuer	Mill. DM	125	116	133	-	-	-	176	-	-
Umsatzsteuer	Mill. DM	610	687	644	-	-	-	683	-	-
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. DM	776	847	862	-	-	-	816	-	-
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵	Mill. DM	229	242	269	-	-	-	305	-	-
Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	417	397	405	-	-	-	371	-	-

¹ Bestand an Krediten und Einlagen am Monatsende. Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsparkassennämter, ab 01.01.1986 einschließlich Raiffeisenbanken.

² einschließlich durchlaufender Kredite ³ Durchschnitt aus den Beständen in den Monaten März, Juni, September, Dezember

⁴ einschließlich Länderfinanzausgleich sowie Bundesergänzungszuweisungen ⁵ nach Abzug der Gewerbesteuerumlage

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Zahlenspiegel Schleswig-Holstein

	1995	1996	1996			1997			
	Monatsdurchschnitt		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
PREISE									
Preisindexziffern im Bundesgebiet 1991 = 100									
Einfuhrpreise ²	97,3	97,8	97,4	97,1	96,9	100,8	100,6	101,2	...
Ausfuhrpreise ²	103,3	103,5	103,6	103,4	103,2	104,9	105,2	105,4	...
Preisindex für den Wareneingang des Produzierenden Gewerbes ^{1,2} 1985 = 100	91,8	90,6	90,5	90,3	90,2	92,9	92,6
Erzeugerpreise									
gewerblicher Produkte ²	104,0	103,5	103,3	103,4	103,4	104,6	104,7	104,8	...
landwirtschaftlicher Produkte ²	91,6	91,1	94,2	93,5	92,3	p 96,6	p 93,0
Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude ¹	115,4	115,3	.	.	115,4	114,8
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ²	103,1	105,6	106,8	106,2	105,7	109,6	108,4
Einzelhandelspreise	106,7	107,6	107,6	107,6	107,4	108,2	108,2	108,2	108,3
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ¹	112,5	114,1	114,2	114,6	114,5	115,8	116,1	116,6	116,8
darunter für									
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren ¹	108,6	109,6	110,2	110,2	109,6	111,7	112,0	111,8	111,3
Bekleidung, Schuhe ¹	108,4	109,3	109,2	109,1	109,2	109,8	109,7	109,6	109,7
Wohnungsmieten ¹	121,3	124,8	124,8	125,0	125,1	128,0	128,3	128,4	128,5
Energie (ohne Kraftstoffe) ¹	101,4	99,6	98,0	98,6	98,6	101,0	100,9	101,0	101,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung ¹	109,9	110,9	110,9	111,0	111,0	111,6	111,6	111,6	111,7
LÖHNE UND GEHÄLTER³									
- Effektivverdienste in DM -									
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁴									
Bruttowochenverdienste									
männliche Arbeiter	1 001	1 022	.	1 040
darunter Facharbeiter	1 051	1 075	.	1 095
weibliche Arbeiter	721	734	.	739
darunter Hilfsarbeiter	688	698	.	703
Bruttostundenverdienste									
männliche Arbeiter	26,01	26,71	.	26,83
darunter Facharbeiter	27,45	28,27	.	28,40
weibliche Arbeiter	19,08	19,59	.	19,69
darunter Hilfsarbeiter	18,09	18,49	.	18,62
bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	38,3	38,1	.	38,8
weibliche Arbeiter (Stunden)	37,8	37,4	.	37,5
Angestellte, Bruttomonatsverdienste									
Produzierendes Gewerbe⁴									
kaufmännische Angestellte									
männlich	6 221	6 434	.	6 441
weiblich	4 322	4 495	.	4 506
technische Angestellte									
männlich	6 361	6 575	.	6 599
weiblich	4 358	4 520	.	4 544
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 071	5 076	.	5 081
weiblich	3 681	3 689	.	3 703
technische Angestellte									
männlich	4 522	4 810	.	4 891
weiblich	3 523	3 354	.	3 252
Produzierendes Gewerbe ⁴ , Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe zusammen									
kaufmännische Angestellte									
männlich	5 404	5 419	.	5 423
weiblich	3 855	3 870	.	3 882
technische Angestellte									
männlich	6 116	6 254	.	6 286
weiblich	4 236	4 413	.	4 434

¹ Die Angaben beziehen sich auf das Bundesgebiet nach dem Gebietsstand vor dem 03.10.1990. Sie schließen Berlin (West) mit ein.

² ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

³ Mit der Zuordnung der Berichtsbetriebe zur Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 1993), ist kein Vergleich mit den Ergebnissen vor 1996 möglich.

⁴ Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten

* Diese Positionen werden im „Zahlenspiegel“ aller Statistischen Landesämter veröffentlicht.

Kreiszahlen Schleswig-Holstein

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 31.05.1997			Bevölkerungsveränderung im Mai 1997			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im August 1997 (vorläufige Zahlen)			
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Bevölkerungszunahme (+) oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²	Verletzte	
		Vormonat	Vorjahresmonat ¹							
		%								
FLENSBURG	86 232	- 0,0	- 0,7	- 15	- 24	- 39	35	-	39	
KIEL	242 888	+ 0,0	- 0,8	- 25	+ 112	+ 87	126	3	157	
LÜBECK	215 398	- 0,0	- 0,3	- 48	- 28	- 76	112	2	134	
NEUMÜNSTER	81 647	- 0,1	- 0,2	+ 9	- 86	- 77	57	-	70	
Dithmarschen	135 262	+ 0,0	+ 0,9	- 8	+ 66	+ 58	91	1	122	
Herzogtum Lauenburg	172 972	+ 0,1	+ 1,3	+ 8	+ 109	+ 117	86	3	117	
Nordfriesland	161 476	+ 0,0	+ 1,0	- 17	+ 96	+ 79	112	6	149	
Ostholstein	198 651	+ 0,0	+ 0,6	- 55	+ 147	+ 92	150	4	206	
Pinneberg	285 308	+ 0,0	+ 0,7	+ 44	- 26	+ 18	139	2	182	
Plön	127 551	+ 0,0	+ 1,2	- 7	+ 16	+ 9	85	1	101	
Rendsburg-Eckernförde	261 640	+ 0,0	+ 1,0	- 17	+ 143	+ 126	142	5	188	
Schleswig-Flensburg	191 824	+ 0,1	+ 1,5	+ 12	+ 205	+ 217	112	1	146	
Segeberg	240 565	+ 0,1	+ 1,1	+ 56	+ 245	+ 301	125	3	169	
Steinburg	134 493	+ 0,2	+ 1,0	+ 8	+ 217	+ 225	61	2	87	
Stormarn	211 991	+ 0,1	+ 1,1	- 22	+ 201	+ 179	120	2	160	
Schleswig-Holstein	2 747 896	+ 0,0	+ 0,7	- 77	+ 1 393	+ 1 316	1 553	35	2 027	

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³			Kraftfahrzeugbestand ⁵ am 01.07.1997		
	Betriebe am 31.08.1997	Beschäftigte am 31.08.1997	Umsatz ⁴ im August 1997 Mill. DM	insgesamt	Pkw ⁶	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner ⁷
FLENSBURG	53	9 128	370	44 659	38 926	451
KIEL	111	15 475	294	121 903	106 082	437
LÜBECK	111	15 375	306	112 411	98 426	457
NEUMÜNSTER	65	7 048	134	46 897	40 482	496
Dithmarschen	59	6 608	417	89 226	71 426	528
Herzogtum Lauenburg	95	7 574	162	111 271	94 595	547
Nordfriesland	47	2 791	83	108 523	87 300	541
Ostholstein	78	5 356	135	124 981	105 127	529
Pinneberg	180	17 351	411	174 518	149 132	523
Plön	35	2 408	47	78 767	65 432	513
Rendsburg-Eckernförde	108	7 378	182	169 588	139 809	534
Schleswig-Flensburg	70	4 218	113	126 630	102 006	532
Segeberg	182	16 098	481	167 180	140 452	584
Steinburg	75	7 749	206	87 626	71 185	529
Stormarn	166	19 663	464	142 156	122 342	577
Schleswig-Holstein	1 435	144 220	3 805	1 706 336	1 432 722	521

¹ nach dem Gebietsstand vom 30.04.1997

² einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen

³ Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, ab Januar 1995 neue Berichtskreisabgrenzung aufgrund neuer Systematik; Vergleich mit davorliegenden Zeiträumen nicht gegeben.

⁴ ohne Umsatzsteuer

⁵ Kraftfahrzeuge mit amtlichem Kennzeichen, ohne Bundespost, Bundesbahn und Bundeswehr

⁶ einschließlich Kombinationskraftwagen

⁷ Bevölkerungsstand: 30.04.1997

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen erscheint in Heft 5 und 11

Zahlen für Bundesländer

Bundesland	Bevölkerung		Arbeitsmarkt					Verarbeitendes Gewerbe ²		
	Einwohner am 31.12.1996		Arbeitslose Ende August 1997			Kurzarbeiter Mitte August 1997	offene Stellen Ende August 1997	Be- schäftigte am 31.03.1997	Umsatz ³ im März 1997	
	1 000	Veränderung ¹	1 000	Veränderung ¹	Arbeitslosen- quote				1 000	1 000
		%		%						
Baden-Württemberg	10 374,5	+ 0,5	386,7	+ 6,5	8,8	9,3	51,3	1 205	29 486	35
Bayern	12 043,9	+ 0,4	420,7	+ 9,8	8,3	9,1	57,1	1 167	32 002	38
Berlin	3 458,8	- 0,4	269,9	+ 13,4	17,6	3,7	6,4	128	4 477	16
Brandenburg	2 554,4	+ 0,5	219,6	+ 22,7	19,0	6,3	8,1	91	2 036	12
Bremen	677,8	- 0,3	46,4	+ 3,4	16,6	2,4	2,8	66	2 320	45
Hamburg	1 708,0	+ 0,0	93,6	+ 14,0	13,2	1,2	5,9	107	9 292	13
Hessen	6 027,3	+ 0,3	261,3	+ 10,5	10,4	5,3	21,0	484	12 346	33
Mecklenburg-Vorpommern	1 817,2	- 0,3	166,0	+ 18,0	19,9	3,6	6,1	44	837	7
Niedersachsen	7 815,1	+ 0,4	410,5	+ 8,6	12,8	7,0	35,9	535	16 683	34
Nordrhein-Westfalen	17 947,7	+ 0,3	878,4	+ 6,2	12,1	18,5	71,6	1 525	41 904	31
Rheinland-Pfalz	4 000,6	+ 0,6	162,0	+ 7,2	10,2	2,8	29,2	304	9 044	42
Saarland	1 084,2	- 0,0	57,2	+ 8,0	13,8	1,0	4,8	105	2 559	39
Sachsen	4 545,7	- 0,5	381,9	+ 23,6	18,8	8,7	18,4	196	3 487	13
Sachsen-Anhalt	2 723,6	- 0,6	275,7	+ 21,3	22,1	7,0	14,3	103	2 190	13
Schleswig-Holstein	2 742,3	+ 0,6	121,8	+ 12,3	10,7	3,9	10,6	143	3 961	28
Thüringen	2 491,1	- 0,5	220,2	+ 22,1	19,3	5,3	11,6	106	2 031	18
Bundesrepublik Deutschland	82 012,2	+ 0,2	4 372,1	+ 12,1	12,7	94,9	355,1	6 309	174 657	32
Nachrichtlich:										
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	66 583,4	+ 0,4	2 991,4	+ 7,7	10,9	62,2	294,1	5 749	163 688	33
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	15 428,7	- 0,3	1 380,6	+ 22,9	19,7	32,7	60,9	561	10 969	14

Bundesland	Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau			Wohnungs- wesen	Fremdenverkehr ⁵ im Mai 1997		Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden ⁶ im Juni 1997				
	Beschäftigte am 30.04.1997	Baugewerblicher Umsatz ³ im April 1997			Zahl der genehmigten Wohnungen im April 1997	Ankünfte	Übernachtungen	Unfälle		Verunglückte	
		1 000	Mill. DM	Ver- änderung ¹				Anzahl	Ver- änderung ¹	Anzahl	Ver- änderung ¹
	%			%							
Baden-Württemberg	122	1 757	- 1,3	5 980	1 142 038	3 370 066	- 7,7	3 675	- 1,7	4 920	134
Bayern	188	2 520	+ 7,4	6 900	1 874 467	6 242 694	- 4,3	5 832	- 4,2	7 974	137
Berlin	46	852	+ 7,7	2 282	340 164	820 810	+ 2,6	1 750	+ 7,0	2 087	119
Brandenburg	66	881	+ 1,5	3 406	294 067	836 748	+ 3,2	1 451	- 1,3	1 974	136
Bremen	7	130	- 5,5	226	54 293	109 788	+ 9,3	359	+ 10,1	439	122
Hamburg	17	367	- 5,6	442	229 124	423 079	+ 5,3	970	+ 15,1	1 294	133
Hessen	69	969	- 8,9	2 938	752 899	2 017 293	- 14,0	2 700	+ 8,6	3 675	136
Mecklenburg-Vorpommern	44	607	+ 17,4	1 094	355 803	1 139 746	+ 2,8	1 031	+ 5,4	1 381	134
Niedersachsen	106	1 546	+ 10,4	3 921	946 189	3 310 248	+ 0,9	4 093	+ 7,1	5 507	135
Nordrhein-Westfalen	181	2 756	+ 4,5	6 371	1 207 676	3 133 723	- 8,6	6 945	- 5,0	8 868	128
Rheinland-Pfalz	44	629	+ 9,9	2 314	557 331	1 623 824	- 12,3	1 686	- 6,4	2 351	139
Saarland	13	178	- 2,9	434	53 531	176 054	- 9,7	514	+ 6,6	688	134
Sachsen	115	1 480	+ 5,6	3 831	467 763	1 304 152	+ 6,9	1 755	- 12,5	2 237	127
Sachsen-Anhalt	74	929	+ 2,0	1 599	199 387	506 147	+ 0,2	1 516	+ 4,5	1 993	131
Schleswig-Holstein	39	507	+ 12,8	2 367	464 575	2 144 837	- 4,1	1 405	+ 3,7	1 922	137
Thüringen	56	695	+ 3,6	1 861	285 579	759 195	- 5,9	1 210	+ 2,1	1 663	137
Bundesrepublik Deutschland	1 188	16 802	+ 4,2	45 966	9 224 886	27 918 404	- 4,6	37 724	+ 2,0	50 064	133
Nachrichtlich:											
Alte Bundesländer (einschl. Berlin-West)	817	11 979	+ 4,0	32 523	7 536 288	23 162 545	- 5,9	30 063	+ 2,5	39 939	133
Neue Bundesländer (einschl. Berlin-Ost)	371	4 823	+ 4,9	13 443	1 688 598	4 755 859	+ 2,4	7 661	+ 0,2	10 125	132

¹ gegenüber Vorjahresmonat

² Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

³ ohne Umsatzsteuer

⁴ Anteil des Auslandsumsatzes am gesamten Umsatz in %

⁵ in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten

⁶ Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen

Gedruckt im
Statistischen Landesamt
Schleswig-Holstein

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Allen Berechnungen liegen die ungerundeten Werte zugrunde.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung.

Zeichenerklärung

- = nichts vorhanden
- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle dargestellten Einheit
- . = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- ... = Zahlenangaben lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor
- r = berichtigte Zahl
- p = vorläufige Zahl
- s = geschätzte Zahl
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- () = Zahlen haben eingeschränkte Aussagefähigkeit
- ≐ = entspricht